

# **Funktionale Ähnlichkeiten und Unterschiede der Erinnerungskulturen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Städten an der Peripherie und im Zentrum**

Memel im Vergleich mit Berlin und Königsberg

von

Vasilijus Safronovas

Die Erinnerungskultur ist ein Bedeutungssystem, das darauf beruht, die Vergangenheit mithilfe verschiedener Formen ihrer Repräsentation und der Stimulierung des Kollektivgedächtnisses zu aktualisieren. Wegen der permanenten Wechselwirkung mit dem Kollektivgedächtnis lässt sich dieses Bedeutungssystem nicht statisch erfassen. Andererseits ist es auf die Stützung der Allgemeinheit ausgerichtet und unterliegt infolgedessen einer ständigen Homogenisierung.<sup>1</sup> Die Funktionsweisen neuzeitlicher Erinnerungskulturen untersuchen Historiker zumeist anhand eines einzelnen oder mehrerer Staaten.<sup>2</sup> Die Korrekturen, die im Rahmen der Diskussion dieses Konzeptes seit dem Erscheinen von Jan Assmanns einschlägiger Studie vorgenommen worden sind<sup>3</sup>, lassen jedoch den Schluss zu, dass wegen der gesellschaftlichen Heterogenität mehrere Erinnerungskulturen zur gleichen Zeit in ein und demselben Staat bestehen können, wobei meist eine davon vorherrschend ist. Noch immer wird den Beziehungen, die sich zwischen den Erinnerungskulturen herausbilden, zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Diese Beziehungen kommen am besten an Orten intensiver Kommunikation zum Ausdruck, wozu

---

<sup>1</sup> Ausführlicher bei ASTRID ERL: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart 2005.

<sup>2</sup> Vgl. CHRISTOPH CORNELISSEN, LUTZ KLINKHAMMER u.a. (Hrsg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt a.M. 2003; STEFAN TROEBST: Postkommunistische Erinnerungskulturen im östlichen Europa, Wrocław 2005; INSA ESCHEBACH: Öffentliches Gedenken. Deutsche Erinnerungskulturen seit der Weimarer Republik, Frankfurt a.M. 2005; CHRISTOPH CORNELISSEN, ROMAN HOLEC u.a. (Hrsg.): Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskulturen in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945, Essen 2005.

<sup>3</sup> Vgl. JAN ASSMANN: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992; CHRISTOPH CORNELISSEN: Was heißt Erinnerungskultur? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54 (2003), S. 548-563; ERL (wie Anm. 1); DIES., ANSGAR NÜNNING (Hrsg.): Cultural Memory Studies. An International and Interdisciplinary Handbook, Berlin – New York 2008; MATHIAS BEREK: Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen, Wiesbaden 2009.

in der Epoche des Nationalismus die Städte zählten.<sup>4</sup> Der Inhalt der Erinnerungskulturen und deren Ausdrucksformen wurden schon des Öfteren untersucht. Insbesondere solche Studien, die Städte behandeln, die an Nahtstellen verschiedener Kulturen liegen<sup>5</sup>, haben sowohl den Einfluss von nationalen Ideen und Regimewechseln auf die Ausdrucksformen der Erinnerungskulturen in diesen Städten als auch die Bedeutung (geo)politischer Faktoren für das Überhandnehmen einer dieser Kulturen offengelegt. Jedoch wird das Funktionieren von Erinnerungskulturen zumeist anhand einer einzelnen Stadt analysiert. Mit diesem Beitrag möchte ich hingegen einen vergleichenden Blick auf das Funktionieren von Erinnerungskulturen in mehreren Städten werfen.

Durch die Wahl dieser Perspektive sollen einige konkrete Fragen beantwortet werden: Erstens wird in der Literatur bisweilen die Meinung vertreten<sup>6</sup>, dass die zentralen Städte der Nationalkultur (also die Hauptstädte) für die zu dieser Kultur gehörenden Gruppen in anderen, insofern als peripher verstandenen Städten als Vorbild dienten, wenn zu erinnernde Bedeutungen aktualisiert wurden. Mit dem vorliegenden Text soll die Frage beantwortet werden, ob eine solche Gesetzmäßigkeit wirklich vorlag. Unterschiedlich die Herausbildung und das Funktionieren der Erinnerungskultur in peripheren Städten wirklich in keinerlei Hinsicht von entsprechenden Prozessen in den zentralen Städten der Nationalkultur? Zweitens wird in vielen Studien das Funktionieren von Erinnerungskulturen anhand der wichtigsten Zäsuren des 20. Jahrhunderts erklärt und isoliert für eine bestimmte Stadt betrachtet. Auf diese Weise entsteht meiner Meinung nach ein falscher Eindruck, der den Einfluss der Regimewechsel auf den Wandel der Erinnerungskulturen in Städten zu sehr hervorhebt und als zwangsläufig darstellt. Die in diesem Artikel gewählte vergleichende Perspektive wird auf drei Städte angewendet, die

<sup>4</sup> Vgl. RUDOLF JAWORSKI, PETER STACHEL (Hrsg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich, Berlin 2007; MORITZ CSÁKY: Das Gedächtnis der Städte. Kulturelle Verflechtungen – Wien und die urbanen Milieus in Zentraleuropa, Wien u.a. 2010.

<sup>5</sup> Vgl. STEFAN DYROFF: Erinnerungskultur im deutsch-polnischen Kontaktbereich. Bromberg und der Nordosten der Provinz Posen (Wojewodschaft Poznań) 1871-1939, Osnabrück 2007; FELIX ACKERMANN: Palimpsest Grodno. Nationalisierung, Nivellierung und Sowjetisierung einer mitteleuropäischen Stadt 1919-1991, Wiesbaden 2010; JAN MUSEKAMP: Zwischen Stettin und Szczecin. Metamorphosen einer Stadt von 1945 bis 2005, Wiesbaden 2010; VASILIJUS SAFRONOVAS: Praeitis kaip konflikto šaltinis. Tapatybės ideologijų konkurencija XX amžiaus Klaipėdoje [Die Vergangenheit als Konfliktquelle. Die Konkurrenz der Identitätsideologien in Klaipėda im 20. Jahrhundert], Vilnius 2011.

<sup>6</sup> ALVYDAS NIKŽENTAITIS: Simbolinis daugiakultūrio miesto užvaldymas [Die symbolische Aneignung einer plurikulturellen Stadt], in: DERS. (Hrsg.): Nuo Basanavičiaus, Vytauto Didžiojo iki Molotovo ir Ribbentropo. Atminties ir atminimo kultūrų transformacijos XX-XXI amžiuje, Vilnius 2011, S. 285-296, hier S. 289-295; DANGIRAS MAČIULIS, DERS., VASILIJUS SAFRONOVAS: L'appropriation symbolique d'une ville multiculturelle. Les cas Kaunas, Klaipėda et Vilnius, in: MICHEL ESPAGNE, THOMAS SERRIER (Hrsg.): Villes baltes. Une mémoire partagée, Paris 2010, S. 41-60, hier S. 42.

in zwei Zeiträumen, vor und nach dem Ersten Weltkrieg (bis 1933), zu demselben Staat gehörten. Dieser Zugang dürfte eine klarere Antwort auf die Frage erlauben, wie die Erinnerungskulturen in einer Stadt unter unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Bedingungen funktionieren. Wirken Abhängigkeiten zwischen den in verschiedenen Städten gepflegten Erinnerungskulturen auch dann fort, wenn sich die politischen und sozialen Umstände ändern?

Die drei in dieser Studie untersuchten Städte wurden nach Kriterien ausgewählt, die sich aus den oben erwähnten Fragen ergeben. Erstens kann man ihnen auf der Zentrum-Peripherie-Achse eine bestimmte Position zuordnen. Die Rolle des Zentrums übernimmt dabei Berlin, seit 1871 Hauptstadt des vereinigten deutschen Staates, Memel (Klaipėda) die Rolle der peripheren Stadt. Die dritte Stadt, Königsberg (Kaliningrad), war die Hauptstadt einer Verwaltungseinheit – der Provinz Ostpreußen – und wurde als peripher in Bezug auf Berlin und zentral in Bezug auf Memel ausgewählt. Memel wird in dem vorliegenden Beitrag die größte Aufmerksamkeit gewidmet, sowohl wegen der vergleichsweise guten Forschungslage zu den dortigen Prozessen der Erinnerungsbildung im 20. Jahrhundert<sup>7</sup> als auch wegen ihrer Lage in unmittelbarer Nähe zur Grenze, die, wie bereits erwähnt, für viele stadsgeschichtliche Studien zur Erinnerungskultur von großer Bedeutung ist.

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert war Memel eine Hafenstadt des Deutschen Kaiserreiches mit ca. 20 000 Einwohnern. Die damalige Lage der Stadt galt selbst im Kontext der ihrerseits oft als „Sibirien Deutschlands“<sup>8</sup> bezeichneten Provinz Ostpreußen als ausgesprochen peripher und undankbar. Zudem befand sich unweit der Stadt, nur 18 Kilometer entfernt, die Grenze zum Russischen Reich, die, so lautete die damals gängige Meinung, zwei Zivilisationen voneinander schied. Zwar ereignete sich in dieser vom Deutschen Orden gegründeten Stadt um 1900 nichts, was für Deutschland oder die Region wichtig gewesen wäre, doch ist die Fokussierung auf Memel durch mehrere Umstände motiviert. Erstens bildete damals der deutsch-russische Grenzraum eine transnationale Kommunikationsregion, in der insbesondere die deutsche, litauische und jüdische Kultur aufeinandertrafen. Zweitens wurde Memel im Ersten Weltkrieg zur *terra irredenta* der litauischen Nationalbewegung, und schließlich erfolgte 1923 der Anschluss der Stadt und des Memelgebiets an Litauen. Dadurch wurden die Stadt und seine Bewohner jedoch nur in sehr geringem Ausmaß aus ihrer bisherigen Kommunikationsumge-

<sup>7</sup> Bisher sind keine Studien erschienen, in denen das Funktionieren der Erinnerungskulturen um 1900 in Berlin und Königsberg umfassend behandelt worden wäre. Viele Aspekte der Entwicklung der Erinnerungskulturen in Memel nach dem Ersten Weltkrieg sind eingehender diskutiert bei VASILIJUS SAFRONOVAS, *Praeitis* (wie Anm. 5); deutsche Fassung: *Kampf um Identität. Die ideologische Auseinandersetzung in Memel/Klaipėda im 20. Jahrhundert*, Wiesbaden 2014 (im Druck).

<sup>8</sup> KARL ERNST VON BAER: *Nachrichten über Leben und Schriften des Herrn Geheimrathes Dr. Karl Ernst von Baer, mitgetheilt von ihm selbst*, St. Petersburg 1866, S. 235, 364.

bung verdrängt. Das Memelgebiet genoss innerhalb Litauens gewisse Autonomierechte, deren Einhaltung von den Signatarstaaten der Konvention über das Memelgebiet und auch von Deutschland genauestens überwacht wurde. Deshalb gestaltete sich die Integration Memels als besonders schwierig und war so ein typisches Beispiel für eine ostmitteleuropäische Stadt, die nach dem Ersten Weltkrieg die politische Zugehörigkeit wechselte. Zugleich ist sie aber auch untypisch in der Hinsicht, dass es aus mannigfachen Gründen, die im vorliegenden Text nicht angesprochen werden, nicht gelang, die (litauische) Nationalkultur, deren Ansprüche zum Wechsel der politischen Zugehörigkeit geführt hatten, im öffentlichen Kommunikationsraum der Stadt zu verankern. Die Stadt blieb also auch nach dem Ersten Weltkrieg an der Peripherie, an der Grenze zwischen zwei Kulturen, wodurch sich der Vergleich mit Berlin und Königsberg sowohl für die Vor- als auch die Nachkriegszeit als angebracht erweist. Die vorherrschende nationale Ausrichtung der Erinnerungskultur war in Memel dieselbe wie in den beiden anderen Städten.

Damit soll jedoch keineswegs gesagt werden, dass sich die vorherrschende Erinnerungskultur und die Konfiguration ihrer Alternativen in den beiden zu vergleichenden Zeiträumen nicht verändert hätten. Davon zeugen in erster Linie die Wandlungsprozesse in der Gesellschaft. Die Bevölkerung, die in der Zwischenkriegszeit die vorherrschende Erinnerungskultur in Memel stützte, unterschied sich von derjenigen vor dem Ersten Weltkrieg darin, dass viele der sozialen Wandlungsprozesse, die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert begonnen hatten, sich in der Zwischenkriegszeit „naturalisierten“. Die Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen und Volksbildungsvereinen, die sich im 19. Jahrhundert in der Region ausgebreitet hatten<sup>9</sup>, wurde ebenso zur Norm wie die Emanzipation verschiedener gesellschaftlicher Gruppen – formal konnte jedermann, unabhängig von Vermögen, Geschlecht oder sozialer Schicht, wählen und seine soziale Lage verändern. Zur Norm wurde auch die politische und ideologische Fragmentierung der Gesellschaft, die im vorliegenden Fall allein schon deshalb eher für die Zwischenkriegszeit als für die Vorkriegszeit charakteristisch war, weil die von demokratischen Prinzipien „verdeckte“ deutsche Monarchie 1918 zusammenbrach und den Weg für demokratische Ideale freimachte. Im politischen Theater, in dem in der Zeit der Hohenzollern-Monarchie niemand so große Ehre gebührte wie der Hohenzollern-Dynastie, wechselten nicht nur die Kulissen, sondern auch die Schauspieler. Damit erhielt die Nation die Gelegenheit, sich selbst zu verehren, während die politischen Akteure darum wetteiferten, wer von ihnen die „Interessen der Nation“ am besten kennen und zufriedenstellen würde.

<sup>9</sup> Vgl. THOMAS NIPPERDEY: Verein als soziale Struktur in Deutschland im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert, in: HARTMUT BOOCKMANN, ARNOLD ESCH u.a. (Hrsg.): Geschichtswissenschaft und Vereinswesen im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland, Göttingen 1972, S. 1-44. Jüngst ist erschienen: JÖRG HACKMANN (Hrsg.): Vereinskultur und Zivilgesellschaft in Nordosteuropa. Regionale Spezifik und europäische Zusammenhänge, Köln u.a. 2012.

Durch die Verbindung bisheriger Forschungsergebnisse mit neuem empirischem Material, das zumeist der zeitgenössischen Presse entstammt, soll im Folgenden analysiert werden, wie vorherrschende Erinnerungskulturen in zwei Zeiträumen und in drei Städten funktionierten. Gerade in der Presse wurden die verschiedenen Erinnerungszereemonien und -rituale systematisch beleuchtet. Im Fall von Memel zwingt auch der Verlust von Archivalien und weiteren Materialien im Zweiten Weltkrieg dazu, sich auf diese Quellengattung zu stützen.

### 1 Der Inhalt der vorherrschenden Erinnerungskulturen: Zwischen historischer Meistererzählung und erlebter Gruppenerfahrung

In einer kürzlich durchgeführten Untersuchung zu den Tendenzen des Denkmal- und Memorialbaus in Ostpreußen<sup>10</sup> wurden die Beziehungen aufgedeckt, die zwischen der im Deutschen Kaiserreich vorherrschenden Erinnerungskultur und der auf der Grundlage borussianischer Überzeugungen entstandenen Meistererzählung bestanden.<sup>11</sup> Die Untersuchung ergab, dass seit den 1860/70er Jahren in Ostpreußen vor allem Symbole implementiert wurden, die drei für die borussianische historische Meistererzählung typische Sujets zum Ausdruck brachten: erstens die Hervorhebung der führenden Rolle der Hohenzollern-Dynastie und deren einzelner Vertreter in der Geschichte Brandenburg-Preußens; zweitens die Betonung der Rolle König Wilhelms I., des Ministerpräsidenten Otto von Bismarck und ihrer Mitstreiter bei der Vereinigung Deutschlands sowie die Kennzeichnung des von Preußen vereinten Deutschlands als Erbe des Heiligen Römischen Reiches und Wahrer seiner Traditionen; drittens die Darstellung der preußischen Reformen des frühen 19. Jahrhunderts, des Befreiungskriegs gegen die napoleonische Besatzung, der späteren preußischen Politik und schließlich der sogenannten „Vereinigungskriege“ als konsequenten Weg Preußens hin zum Nationalstaat. Die Hervorhebung dieser Sujets erwies sich auch beim Vergleich des Inhalts bzw. der Widmungen der zur Kaiserzeit in Memel und Königsberg errichteten Denkmäler bzw. der zu jener Zeit entstandenen Initiativen zu deren Errich-

<sup>10</sup> VASILIJUS SAFRONOVAS: Borusianistinio didžiojo istorinio pasakojimo aktualizavimas Rytų Prūsijos provincijoje XIX-XX amžių sandūroje. Atvejo analizė provincijos kontekste [Die Aktualisierung der borussianischen historischen Meistererzählung in der Provinz Ostpreußen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert: Eine Fallanalyse im Kontext der Provinz], in: DERS., NIJOLĖ STRAKAUSKAITĖ u.a. (Hrsg.): Daugiareikšmės tapatybės tarpurdvėse. Rytų Prūsijos atvejis XIX-XX amžiais, Klaipėda 2011, S. 31-68.

<sup>11</sup> Zur borussianischen historischen Meistererzählung siehe WOLFGANG HARDTWIG: Von Preußens Aufgabe in Deutschland zu Deutschlands Aufgabe in der Welt. Liberalismus und borussianisches Geschichtsbild zwischen Revolution und Imperialismus, in: Historische Zeitschrift 231 (1980), 2, S. 265-324; SAFRONOVAS, Borusianistinio (wie Anm. 10).

tung als tauglich. Wie die folgende Tabelle zeigt, hatten diese Sujets während der Kaiserzeit auch in Berlin Gültigkeit. Lassen wir die Denkmäler beiseite, die zwischen 1871 und 1914 in der Reichshauptstadt für herausragende deutsche Künstler und Gelehrte wie Martin Luther, Johann Wolfgang von Goethe, Gotthold Ephraim Lessing, Friedrich Schiller, Richard Wagner, Ludwig van Beethoven, Wolfgang Amadeus Mozart, Joseph Haydn oder die beiden Humboldt-Brüder errichtet wurden, so sehen wir, dass sich die übrigen Denkmäler unschwer in die drei genannten Sujets eingruppierten lassen.

<b>Sujets</b>	Die Hohenzollern und ihre Rolle in der deutschen Geschichte	Die Rolle preußischer Staatsmänner bei der Vereinigung Deutschlands	Preußens Reformen und Kriege als Schritte hin zur Vereinigung Deutschlands
<b>Berlin</b>	1871 Denkmal für Friedrich Wilhelm III. 1880 Denkmal für Königin Luise 1886 Denkmal für Friedrich Wilhelm IV. 1889 Denkmal für Kurfürst Joachim II. 1895 Denkmal für Kaiserin Augusta 1901 Denkmalgruppen der Hohenzollern an der Siegesallee 1901 Denkmal für Prinz Albrecht von Preußen 1903 Standbilder von Kaiser Friedrich III. und Kaiserin Victoria 1904 Denkmal für Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg 1912 Denkmal für Friedrich Wilhelm I.	1895 Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche 1897 Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal 1901 Bismarck-Nationaldenkmal 1904 Denkmal für Albrecht von Roon 1905 Denkmal für Helmuth von Moltke	1873 Nationaldenkmal Siegessäule 1875 Denkmal für die Freiherren vom und zum Stein 1876 Kriegerdenkmal im Friedrichshain 1907 Denkmal für Karl August Fürst von Hardenberg
<b>Königsberg</b>	1874 Denkmal für Königin Luise 1891 Denkmal für Herzog Albrecht 1901 Königin-Luise-Gedächtniskirche 1907 Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche	1894 Denkmal für Kaiser Wilhelm I. 1901 Denkmal für Otto von Bismarck	1875 Kriegerdenkmal 1913 Denkmal für General Ludwig Yorck von Wartenburg
<b>Memel</b>	1900 Königin-Luise-Gedenkstein 1907 Gedächtniseiche für Wilhelm II. in Försterei	1896 Denkmal für Kaiser-Wilhelm I. (vor 1900) Gedächtniseiche für Wilhelm I. in Sandkrug 1914 Bismarcksäule (nicht realisiert)	1907 Borussia-Nationaldenkmal

Dies ist jedoch nicht die einzige Koinzidenz. In allen drei Städten waren die zur Zeit des Kaiserreiches errichteten Denkmäler, die die Verbindungen zur Hohenzollern-Dynastie zum Ausdruck brachten, zu räumlichen Komplexen verbunden. In Königsberg war dies in erster Linie das Schloss: Zu der schon 1730 errichteten und wenig später vor die Südfassade verlegten Statue Friedrich Wilhelms I. gesellte sich 1802 das Bronzedenkmal Friedrichs I. am Südflügel; gegenüber dem Letzteren wurde 1891 das Herzog-Albrecht-Denkmal eingeweiht. 1894 wurde in der Südwestecke der Schlossterrasse ein weiteres Denkmal für Wilhelm I. enthüllt. Der dortige Platz wurde 1897 in Kaiser-Wilhelm-Platz umbenannt und erhielt 1901 ein Bismarck-Denkmal.

Die Berliner Schlösser scheinen keine derartige Rolle für sich beansprucht zu haben, denn abgesehen von dem 1897 enthüllten Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmal wurden vor dem Schloss in der Kaiserzeit keine weiteren bildhauerischen Akzente für Vertreter der Hohenzollern-Dynastie errichtet. Dennoch erhielt auch Berlin an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert einen ähnlichen und weitaus ambitionierteren Symbolkomplex. Den Auftakt zu diesem am Eingang des Tiergartens, nordwestlich des Brandenburger Tores, gelegenen Komplexes bildete die 1873 errichtete Siegessäule, die den kurz zuvor beendeten Vereinigungskriegen gewidmet war. Am Königsplatz wurde 1894 mit dem Bau des imposanten Reichstags begonnen und südlich des Platzes auf Geheiß von Kaiser Wilhelm II. 1895-1901 die Siegesallee mit den an beiden Seiten postierten Denkmalgruppen angelegt, die sämtliche Herrscher Brandenburgs bzw. Preußens zwischen 1157 und 1888 darstellten – von Markgraf Albrecht dem Bären bis zu Kaiser Wilhelm I., jeweils umgeben von den wichtigsten Persönlichkeiten aus Staat, Wissenschaft und Kunst ihrer Zeit. Gekrönt wurde dieser Komplex mit den 1901 und 1905 auf dem Königsplatz um die Siegessäule herum errichteten Statuen Otto von Bismarcks und seiner Paladine Albrecht von Roon und Helmuth von Moltke. Dieser räumliche Erinnerungskomplex war nicht nur für Berlin, sondern auch für ganz Deutschland zentral: Alle drei genannten Sujets wurden in einem einzigen Denkmalkomplex verankert. Die Hohenzollern stachen als Träger der deutschen Mission Preußens gegenüber allen anderen Dynastien hervor. Um sie drehte sich die ganze deutsche Geschichte, die Figuren wie Hermann von Salza, Luther, Johann Sebastian Bach, Immanuel Kant, Bismarck und andere repräsentierten. Die Statuen von Bismarck, Roon und Moltke verkörperten den zweiten Aspekt, für den dritten standen vor allen die Skulpturen der Minister Stein und des in den Befreiungskriegen siegreichen Generals Gebhard von Blücher sowie die Siegessäule.

In Memel wiederum konzentrierten sich die wichtigsten zu dieser Zeit errichteten Skulpturen in einem Stadtviertel, in dem die Zeitgenossen die wichtigsten „vaterländische[n] Weihestätten“ verorteten<sup>12</sup> – in den ehemaligen Wohnhäusern der Kaufmannsfamilien Consentius, Argelander und Griffin.

---

<sup>12</sup> Vgl. KARL HALLING: Memels vaterländische Weihestätten, Memel 1893.

Dort hatten 1807/08 die Mitglieder der preußischen Königsfamilie residiert, so dass diese Gebäude Memel direkt mit der herrschenden Dynastie verbanden. Die Statue Wilhelms I. wurde 1896 aus dem Rathaus in den öffentlichen Raum versetzt, der sich zwischen den drei genannten Gebäuden befand. Auch das Borussia-Nationaldenkmal stand vor dem Consentius-Haus, das zu jener Zeit bereits als Rathaus diente – auf dem nach Königin Luise benannten Platz.

Und schließlich manifestierte sich in allen drei Städten die vorherrschende Erinnerungskultur zum Geburtstag des Herrschers (bis 1887 der 22. März, ab 1889 der 27. Januar), der als Staatsfeiertag<sup>13</sup> galt und alljährlich festlich begangen wurde. Die größten Feierlichkeiten fanden in Berlin statt, bescheidener in Königsberg und Memel. Ein weiteres Merkmal der Kaiserzeit war, dass Wilhelm II. Orte gerade dann besuchte und dort Mahnreden hielt, wenn dort die geschichtlichen Verbindungen zum Haus Hohenzollern feierlich begangen wurden. So besuchte er Königsberg 1890, als die dortige Universität den 400. Geburtstag von Herzog Albrecht feierte, 1891 zur Einweihung des Denkmals für den Herzog, 1894 zur Enthüllung des Denkmals für seinen Großvater Wilhelm I., 1901 zur Einweihung der Königin-Luise-Gedächtniskirche und 1913 zum 100. Gedenktag der Einberufung der Ständeversammlung Ostpreußens, verstanden als der Beginn der Befreiungskriege.<sup>14</sup>

Als Ausnahme kann allenfalls der mit einer Inspektion der Streitkräfte in Zusammenhang stehende Besuch von 1910 gelten. Auch die Besuche des Kaisers in Memel waren durch die Hervorhebung der Rolle der herrschenden Dynastie gekennzeichnet: 1890 besuchte Wilhelm II. das Rathaus mit dem Luisenbild und die Luiseneiche in Tauerlauken bei Memel, 1907 nahm er an der Enthüllung des Borussia-Nationaldenkmals teil.<sup>15</sup>

Was sagen nun diese Gemeinsamkeiten zwischen Städten aus, die sich auf den ersten Blick nicht vergleichen lassen? Kaum etwas spricht dafür, dass die aktualisierten Inhalte von Bedeutungen und Symbolen anderer Städte einfach kopiert wurden. Auch war es nicht so, dass diese Aktualisierungen ursprünglich in der Hauptstadt und später dann in den peripheren Städten vorgenommen worden wären.<sup>16</sup> So fällt z.B. auf, dass die Maßnahmen zur Integration der Statuen von Wilhelm I. in die Schlosskomplexe sowohl in Berlin als auch in Königsberg 1889 initiiert wurden, aber während 1894 die entsprechenden Lösungen in Königsberg bereits umgesetzt waren, hatten in Berlin die Bauarbeiten gerade erst begonnen. Die Denkmäler für Bismarck in Berlin und Königsberg wurden beide 1901 eingeweiht und brachten die Bestrebungen zum Ausdruck, den drei Jahre zuvor verstorbenen Reichskanzler in Ver-

<sup>13</sup> Zur Entwicklung des Feiertags vgl. FRITZ SCHELLACK: Nationalfeiertage in Deutschland von 1871 bis 1945, Frankfurt a.M. u.a. 1990, S. 17-66.

<sup>14</sup> FRITZ GAUSE: Die Geschichte der Stadt Königsberg in Preußen, Bd. 2, 2, ergänzte Aufl., Köln u.a. 1996, S. 759.

<sup>15</sup> Zur Hervorhebung der Verbindungen zur Dynastie siehe SAFRONOVAS, Borussianistinio (wie Anm. 10), S. 58 ff.

<sup>16</sup> Vgl. NIKŽENTAITIS (wie Anm. 6), S. 289-295.

bindung mit dem dreißigjährigen Jubiläum der Reichsgründung zu ehren. Die nicht verwirklichte Idee, zum 100. Geburtstag Bismarcks 1915 in Memel-Sandkrug eine ihm gewidmete Erinnerungsstätte einzurichten<sup>17</sup>, lässt sich in keiner Weise mit der Realisierung der Denkmäler in Berlin und Königsberg in Verbindung bringen. Sie ist vielmehr vor dem Hintergrund der gesamtdeutschen, von Studenten initiierten Baukampagne für Bismarck-Säulen zu sehen, die als Aussichtstürme konzipiert waren. Verständlicherweise bot der 100. Geburtstag Bismarcks nicht nur in Memel Anlass zur Entstehung von Erinnerungsstätten.<sup>18</sup>

In Wirklichkeit dürfte die Erklärung für die Gemeinsamkeiten zwischen den drei Städten in der borussianischen Meistererzählung zu suchen sein, auf der die dominierende Erinnerungskultur im Deutschen Kaiserreich beruhte. Sie regulierte nicht nur die Beziehungen zwischen den einzelnen Bedeutungen der Erinnerungskultur, auf ihr beruhten auch die Bemühungen zur Legitimierung des Herrschers, der Dynastie und damit des politischen Regimes. Natürlich fand der Inhalt, den man diskursiv ausdrücken konnte, nicht in Skulpturenkompositionen oder Ritualen Platz. Genau aus diesem Grund beschränkte sich die Aktualisierung der borussianischen Meistererzählung auch auf wenige, bestens bekannte historische Figuren: Zu den Repräsentanten dieser Erzählung gehörten unter anderen Kaiser Wilhelm I., Königin Luise und Bismarck.

Gelten diese Beobachtungen aber auch für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg? Betrachten wir die in Berlin, Königsberg und Memel 1918-1933 errichteten Denkmäler, so treffen wir erneut auf eine frappante Ähnlichkeit. Das praktisch einzige Sujet, das eine Aktualisierung in Form von Denkmälern erfuhr, war der Weltkrieg. Eine Ausnahme bildete die auf Anregung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1926 in Berlin errichtete Gedenktafel für die Opfer der Revolution. Das einzige Erinnerungsobjekt waren dabei die Kriegsoffer (bzw. die Opfer der Revolution). In Berlin wurden 1918-1933 mehrere Dutzend Denkmäler und Gedenktafeln für die im Weltkrieg Gefallenen errichtet<sup>19</sup>; in Königsberg entstanden in demselben Zeitraum mindestens sechs Soldatenfriedhöfe, Denkmäler und Gedenktafeln für die Gefallenen<sup>20</sup>; Memel weicht hiervon allenfalls in der Anzahl ab – abgesehen von einzelnen Soldatengräbern gab es hier nur eine einzige, am 16. August 1919 eingeweihte Gedenkstätte für die im Krieg Gefallenen<sup>21</sup>, in der 1931 ein Denkmal in Form eines Kelches errichtet wurde. Dies war zugleich die erste und letzte

<sup>17</sup> Siehe den Aufruf in: Apzwalga vom 3.04.1914.

<sup>18</sup> Vgl. REINHARD ALINGS: Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871-1918, Berlin u.a. 1996, S. 131, 141 f.

<sup>19</sup> Vgl. MARTINA WEINLAND: Kriegerdenkmäler in Berlin 1870 bis 1930, Frankfurt a.M. u.a. 1990; CHRISTIAN SAEHRENDT: Der Stellungskrieg der Denkmäler. Kriegerdenkmäler im Berlin der Zwischenkriegszeit, Bonn 2004.

<sup>20</sup> GAUSE (wie Anm. 14), Bd. 3, S. 16 f.

<sup>21</sup> Nauja Lietuviŭka Ceitunga vom 24.04.1919 und 19.08.1919.

nach 1918 eingerichtete Gedenkstätte, die mit der in der Stadt vorherrschenden Erinnerungskultur zusammenhing. Daneben fanden sich in vielen Kirchen und bei anderen Organisationen weitere Gedenktafeln.

Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg hing selbstverständlich in keiner Weise mit der borussianischen Meistererzählung zusammen. Zugleich hatten auch die sie repräsentierenden Figuren nach 1918 ihre Aktualität eingebüßt. Somit regelte nun keine teleologische, die Vergangenheit mit der Gegenwart verbindende und so die Gegenwart erklärende historische Meistererzählung mehr die Verbindungen zwischen den einzelnen Bedeutungen der Erinnerungskultur, sondern die kürzlich gemachte Gruppenerfahrung im Weltkrieg. Die Erinnerung an diese Erfahrung wurde in Deutschland allerdings schon bald zur Stützung des Selbstbildes als Opfer und Verlierer verwendet und diente als Grundlage für verschiedene Gründungsmythen.<sup>22</sup> Doch die Verluste durch den Weltkrieg, von denen ein Großteil der Deutschen betroffen war, sowie die anderen Gruppenerfahrungen spielten zumindest bis 1933 eine viel wichtigere Rolle bei der Herausbildung des Inhalts der vorherrschenden Erinnerungskultur (und ebenso der Erinnerungspraktiken) als die diskursiv bearbeitete, von der Propaganda bereinigte, für legitimierende Zielsetzungen verwendete und somit in einen Gründungsmythos verwandelte Erinnerung an das Heldentum der Kriegsoffer.

Dies lässt sich anhand der drei in diesem Text analysierten Beispiele leicht nachvollziehen. Die Flut von Denkmälern für die Kriegsoffer sowohl in Berlin als auch in Königsberg lässt sich damit erklären, dass es nicht an erster Stelle die um die Einheit der Nation besorgten Organisationen oder die politischen Parteien waren, die ihre Achtung gegenüber den Kriegsgefallenen zum Ausdruck brachten, sondern Vereine, Heereseinheiten und andere gesellschaftliche Einrichtungen. In Königsberg waren dies die Universität und der Ruderklub Prussia, deren Initiative zur Einrichtung einer Ehrentafel und eines Ehrenmals für seine Gefallenen vom Altstädtischen Gymnasium aufgenommen wurde, das im Max-Aschmann-Park einen Gedenkstein für seine rund 100 gefallenen Abiturienten errichtete, sowie andere Institutionen, die im Park Eichen zur Erinnerung an ihre Gefallenen pflanzten; des Weiteren die Sportler des Königsberger Turnvereins, ein Fußartillerie-Regiment, die Feldartilleristen, das Kürassierregiment „Graf Wrangell“ usw.<sup>23</sup> In Berlin schufen die meisten Bezirksgemeinschaften Gedenkobjekte für ihre im Krieg Gefallenen. Eigene Denkmäler erhielten die gefallenen Soldaten einiger Garderegimenten, des Gardereserveregiments und der Gardeulanen, die nicht aus dem Krieg heimgekehrten Studenten der Berliner Technikerschule, die Luftschiffer, die im Krieg gefallenen Feuerwerker, Eisenbahntruppen u.a.<sup>24</sup> In

<sup>22</sup> Vgl. HANS-JOACHIM HAHN: Der Erste Weltkrieg als Gründungsmythos nationalsozialistischer Weltanschauung, in: MATTEO GALLI, HEINZ-PETER PREUSSER (Hrsg.): Deutsche Gründungsmythen, Heidelberg 2008, S. 51-62.

<sup>23</sup> Vgl. GAUSE (wie Anm. 14), Bd. 3, S. 16 f.

<sup>24</sup> WEINLAND (wie Anm. 19); SAEHRENDT (wie Anm. 19).

Memel wurde der Soldatenfriedhof 1919 auf Anordnung der Stadtbehörden hin angelegt, doch auch hier wurden auf Initiative von Handwerkervereinen und Bildungseinrichtungen eigene Gedenktafeln mit den Namen der gefallenen Mitglieder der Zahlstelle Memel des Zentralverbandes der Zimmerer, der Memeler Maurer und der Studenten des Lehrerseminars angebracht; zwei weitere Gedenktafeln stiftete der Kriegerverein Memel.<sup>25</sup> Somit wird deutlich, dass sich auch in den Jahren 1918-1933 die vorherrschende Erinnerungskultur in allen hier analysierten Städten ohne inhaltliche Veränderungen weiter verbreitete. Die Städte verband unter diesem Gesichtspunkt aber nicht nur die Erinnerung an die Gefallenen, sondern auch die Vielfalt der Träger dieser Erinnerung, die daher rührte, dass die Initiative dazu von einzelnen Gesellschaftsgruppen und Einrichtungen ausging und nicht, wie noch zur Kaiserzeit, von der politischen und sozialen Elite.

Das heißt jedoch nicht, dass die entsprechende Rolle gesellschaftlicher Gruppen und Einrichtungen vor 1918 überhaupt nicht von Bedeutung gewesen wäre.

## 2 Die gesellschaftlichen Verbindungen als Voraussetzung für die Verankerung von Erinnerungskulturen in Städten

Die Frage, ob sich die gesellschaftlichen Verbindungen oder aber die Erinnerungskultur früher herausgebildet haben, lässt sich nicht leicht beantworten. Die Erinnerungskultur ist, wie Jan Assmann feststellt, die „konnektive Struktur“ der Gesellschaft.<sup>26</sup> Sie ist der Bedeutungsinhalt, der die sozialen Verbindungen gewährleistet. Andererseits ist das Entstehen von Verbindungen innerhalb der Gesellschaft unerlässlich, um diesen Inhalt und damit die Erinnerungskultur überhaupt erst schaffen und verbreiten zu können. Daher sollte man die gesellschaftlichen Verbindungen differenziert darstellen, denn die Verbreitung der Erinnerungskultur wird für gewöhnlich von kleinen, aber gut organisierten Gruppen betrieben, die sich bemühen, den restlichen, in derselben kulturellen Umgebung lebenden, jedoch inaktiven bzw. indifferenten Teil der Gesellschaft zu beeinflussen.

Möchte man die organisierten Gruppen, durch deren Bemühungen die vorherrschende Erinnerungskultur verankert wurde, identifizieren, sind als Erste die Initiatoren der oben erwähnten Denkmäler näher in den Blick zu nehmen. Hier bestand offenbar ein Unterschied zwischen Berlin auf der einen und Königsberg und Memel auf der anderen Seite. Die wichtigsten in der Kaiserzeit errichteten, die borussianische Meistererzählung und/oder den Hohenzollern-

---

<sup>25</sup> Alle hier genannten Gedenktafeln, außer der des Kriegervereins, sind erhalten geblieben. Zu den vom Kriegerverein angebrachten Gedenktafeln siehe: Memeler Dampfboot vom 21.03.1922.

<sup>26</sup> JAN ASSMANN: Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1992, S. 16 ff., 91.

Kult verkörpernden Denkmäler wurden von staatlichen Institutionen initiiert und mit Staatsgeldern finanziert. Der Bau der Siegessäule erfolgte auf Anordnung des preußischen Königs und wurde aus dem Staatshaushalt des Königreichs Preußen finanziert, die anderen beiden Nationaldenkmäler für Wilhelm I. und Bismarck wurden ebenfalls vom Staat initiiert und finanziert, während die Hohenzollern-Skulpturen an der Siegesallee offiziell als ein Auftrag Kaiser Wilhelms II. und als sein Geschenk an die Stadt Berlin galten.<sup>27</sup> Im Vergleich mit Berlin lagen in Königsberg und Memel die Initiative und Finanzierung von Denkmälern häufiger bei Privatleuten und öffentlichen Organisationen, obwohl auch hier die Rolle der Zentral- und Regionalbehörden nicht zu übersehen ist.

Der Gedenkort für Königin Luise in Königsberg wurde von einem Komitee aus städtischen Beamten und Honoratioren initiiert, doch das Denkmal selbst erhielt seinen Standort im Königsberger Park, der sich 1872-1914 in kaiserlichem Besitz befand; Wilhelm I. finanzierte zudem die Herstellung der Büste.<sup>28</sup> Das 1894 eingeweihte Denkmal für Kaiser Wilhelm I. ging erneut auf die Initiative eines Honoratioren-Komitees zurück, das zum größten Teil aus Vertretern von Behörden der Provinz Ostpreußen bestand und unter der Leitung von Graf Richard zu Eulenburg-Prassen, einem Mitglied des Preußischen Herrenhauses, stand; ca. 40 Prozent der Baukosten wurden durch Abgaben finanziert, für den Rest kam der Provinziallandtag auf.<sup>29</sup> Auch an anderen Gedenkobjekten, die in Zusammenhang mit der vorherrschenden Erinnerungskultur standen, waren staatliche Strukturen indirekt beteiligt: Das Denkmal für General Yorck in Königsberg wurde z.B. aus Mitteln des örtlichen Offizierskorps finanziert.<sup>30</sup> Weitere entsprechende Projekte beruhten im Wesentlichen auf Privatinitiativen. Dazu zählt die Königin-Luise-Gedächtniskirche in Königsberg, deren Einweihung zwar 1901 in die offiziellen Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Gründung des Königreichs Preußen einbezogen wurde<sup>31</sup>, die jedoch der Königsberger Kommerzienrat Louis Großkopf stiftete, der auch die Namenswahl traf. Die restliche Geldsumme stellten der Bankier Walter Simon, der Steinfurt-Waggonfabrikbesitzer Fritz Heumann sowie die Altstädtische Gemeinde der Stadt Königsberg zur Verfügung.<sup>32</sup>

Auch in Memel pflegten private Initiativen die vorherrschende Erinnerungskultur: So initiierte und finanzierte der Kaufmann Wilhelm Pietsch das Denkmal für Wilhelm I., während die Erinnerungseiche für Wilhelm II. in

<sup>27</sup> ALINGS (wie Anm. 18), S. 133, 157, 160, 212, 218-222; UTA LEHNERT: *Der Kaiser und die Siegesallee. Réclame Royale*, Berlin 1998.

<sup>28</sup> HEINRICH LANGE: *Weit mehr als ein Hort der Ruhe. Auf den Spuren preußischer Geschichte im „Louisenwahl“*, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 7.12.1996, S. 12.

<sup>29</sup> *Tilsiter Zeitung* vom 12.08.1894, S. 3.

<sup>30</sup> GAUSE (wie Anm. 14), Bd. 2, S. 760.

<sup>31</sup> Ciecoriškasis Ponas Karaliaucziuje [Kaiserliche Majestät in Königsberg], in: *Lietuvių-ka Ceitunga* vom 13.09.1901, S. 1.

<sup>32</sup> HEINRICH LANGE: *„Der unvergeßlichen Königin Luise“*. Die nach ihr benannte Kirche in Königsberg wird 100, in: *Das Ostpreußenblatt* vom 8.09.2001, S. 12.

dem nahe Memel gelegenen Badeort Försterei auf eine Initiative des Försters Wilhelm Weigel zurückging.<sup>33</sup> Andere Erinnerungseichen bedurften eines breiteren Kreises aus Vertretern der städtischen Behörden sowie weiteren Honoratioren. Dazu zählte der Verein zur Verschönerung von Memel und Umgegend, auf dessen Initiative der Königin-Luise-Gedenkstein zurückging<sup>34</sup>; aus diesem Umfeld rekrutierte sich auch das 1914 gegründete Komitee für den Bau der Bismarcksäule<sup>35</sup>. Wohl das einzige Monument, das einen breiten Unterstützerkreis von Initiatoren und Gönnern vereinte, war die „Borussia“ – vor dem Krieg das erste und einzige Monument in Ostpreußen, das den Status eines Nationaldenkmals besaß. Den Bau dieses vom Memeler Kriegerverein initiierten Denkmals realisierte ein Komitee unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, das dafür in ganz Preußen, insbesondere bei kommunalen und Regierungsbehörden, Geld gesammelt hatte (die preußische Regierung und die Stadt Memel übernahmen 60 Prozent der Kosten).<sup>36</sup>

Es lassen sich also mehrere Gruppen unterscheiden, die in der Kaiserzeit die vorherrschende Erinnerungskultur in Königsberg und Memel förderten. An erster Stelle zu nennen wären die Lokalbehörden und deren personelles Umfeld, der Kriegerverein als Teil einer in ganz Deutschland tätigen und auf den Kaiser hin orientierten Organisation sowie das gleichfalls – nicht nur ideologisch, sondern auch hierarchisch – direkt auf den Kaiser hin ausgerichtete Heer. Diese Gruppen zu unterscheiden, legen nicht nur die zuvor diskutierten Bauinitiativen, sondern auch die alljährlichen ritualisierten Feierlichkeiten rund um die vorherrschende Erinnerungskultur nahe, an denen im Wesentlichen immer dieselben Gruppen teilnahmen.

So wurde der Kaisergeburtstag in Memel zu Beginn des 20. Jahrhunderts stets nach fast demselben Szenario gefeiert.<sup>37</sup> Dieses bestand aus Märschen durch die Stadt, Gottesdiensten in den evangelischen und katholischen Kirchen sowie geselligen Abenden in städtischen Räumlichkeiten. Im Mittelpunkt standen bei diesen Veranstaltungen das in Memel stationierte 3. Bataillon des Infanterieregiments von Boyen Nr. 41, der örtliche Kriegerverein sowie die Spitzen der städtischen Verwaltung. Anlässlich der Enthüllung des Borussia-Nationaldenkmals am 23. September 1907 waren erneut Soldaten, Kriegsveteranen und Vertreter der Stadtbehörden die wichtigsten organisierten Gruppen, die dem Besuch des Kaisers Glanz verliehen.<sup>38</sup> Am 30. November 1912 wurde in Memel, wie in ganz Preußen, General Yorcks gedacht, der 100 Jahre zuvor die Konvention von Tauroggen abgeschlossen hatte. Die Kriegsveteranen traten zu einer Ehrung vor der Büste des Generals an, die ei-

<sup>33</sup> Lietuviška Ceitunga vom 27.09.1907, S. 3.

<sup>34</sup> Führer durch Memel und Umgegend, 2., verbesserte Aufl., Memel 1905, S. 44.

<sup>35</sup> Paßaukimas [Aufruf], in: Apzwalga vom 3.04.1914, S. 4.

<sup>36</sup> Siehe dazu SAFRONOVAS, Borusianistinio (wie Anm. 10), S. 52-55.

<sup>37</sup> Vgl. Lietuviška Ceitunga vom 26.01.1906, 29.01.1907, 29.01.1909, 1.02.1910, 31.01.1911, 30.01.1912, 31.01.1913 und 29.01.1914.

<sup>38</sup> Festschrift zur Enthüllungsfeier des Nationaldenkmals in Memel, Memel 1907, S. 4.

nen Teil der „Borussia“-Komposition bildete – zusammen mit Vertretern der in der Stadt stationierten Truppen.<sup>39</sup> Am 10. März 1913, dem 100. Jahrestag der Stiftung des Eisernen Kreuzes, waren das Szenario und die Hauptakteure erneut dieselben: öffentliche Reden der höchsten städtischen Vertreter, Gedenkgottesdienste, Marsch der Heeresgarnison und der örtlichen Kriegssanitäter-Kolonne durch die Stadt, gesellige Abendveranstaltungen.<sup>40</sup> Diese Teilnehmer prägten auch das 25-jährige Thronjubiläum des Kaisers am 15./16. Juni 1913 in Memel, nur diesmal in getrennten Veranstaltungen: feierliche Sitzung von Vertretern der Stadtbehörden, Gottesdienst in der Stadtkirche mit dem Unteroffizierschor und in der Synagoge, Ansprache des Oberbürgermeisters und Konzert am Borussia-Nationaldenkmal sowie geschlossene Feiern im Schützenhaus – am Nachmittag der Kriegerverein, am Abend das Garnisonsbataillon. Vereinzelt neue Akzente stellten Veranstaltungen für Schüler dar, die in den Schulen, einschließlich der jüdischen, und in Försterei stattfanden.<sup>41</sup>

Die Schüler lenken das Augenmerk auf einige weitere Gruppen, die aufgrund ihres Berufs und ihrer Nähe zur Obrigkeit zur Verbreitung der vorherrschenden Erinnerungskultur bzw. der sie legitimierenden historischen Meistererzählung beitrugen – Lehrer und Pfarrer. Die in Preußen dominierende Evangelisch-Lutherische Kirche hing vom Staat ab, und die Pfarrer stärkten ihrerseits aktiv die Hochachtung ihrer Gemeindemitglieder vor der Dynastie und der im Lande vorherrschenden Ideologie. Die Schule vermittelte die Sujets der borussianischen Meistererzählung, die „Kriegs- und Dynastiegeschichte“ in den Vordergrund stellte.<sup>42</sup>

Dennoch scheinen die Lehrer als eine von der vorherrschenden Erinnerungskultur verhältnismäßig unabhängige Gruppe gewisse inhaltliche Besonderheiten vermittelt zu haben; dies geschah offenbar in vielen deutschen Regionen. So wurde für die Provinz Westfalen hinsichtlich des Umgangs mit der Geschichte an den dortigen höheren Schulen gezeigt, dass diese Berührungspunkte nicht nur die national-patriotische Erziehung, sondern auch die Identitätsausrichtung auf lokale Kontexte umfasste.<sup>43</sup> Ähnliches ergibt eine Analyse des Wandels in der Konfiguration der Identitätskomponenten in der Provinz Ostpreußen um 1900: Dieser Zeitabschnitt war dort durch eine Stärkung der Verbindungen nicht nur zu Deutschland, sondern auch auf lokaler Ebene – zu den einzelnen Regionen Ostpreußens – gekennzeichnet.<sup>44</sup> Letzteres erfolgte,

<sup>39</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 3.01.1913.

<sup>40</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 11.03.1913.

<sup>41</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 17.06.1913 und 20.06.1913.

<sup>42</sup> Vgl. ANDREA MEISSNER: Die Nationalisierung der Volksschule. Geschichtspolitik im niederen Schulwesen Preußens und des deutschsprachigen Österreichs, 1866 bis 1933/38, Berlin 2009, S. 82-110, 146.

<sup>43</sup> Vgl. BARBARA HANKE: Geschichtskultur an höheren Schulen von der Wilhelminischen Ära bis zum Zweiten Weltkrieg. Das Beispiel Westfalen, Münster 2011, S. 210.

<sup>44</sup> SAFRONOVAS, Borussianistinio (wie Anm. 10), S. 47-50.

wie das Beispiel Memels belegt<sup>45</sup>, unter aktiver Beteiligung vor allem der Lehrer. Über die Verbindungen zur Heimatregion sollte in diesem Fall die Zugehörigkeit zum gemeinsamen Vaterland spürbar gemacht werden.<sup>46</sup>

Diese Beobachtungen führen zu einigen grundlegenden Einsichten. Wir haben festgestellt, dass sich in Königsberg und Memel die genannten gesellschaftlichen Gruppen aktiver an der Verbreitung der vorherrschenden Erinnerungskultur beteiligten, während die Rolle der staatlichen Institutionen dort nicht so offensichtlich war wie in Berlin. Dies legt die Folgerung nahe, dass an der Peripherie des Deutschen Reiches das Bedürfnis in der Bevölkerung zur Stützung der vorherrschenden Erinnerungskultur dadurch entstand, dass sie an den Aktivitäten der diese Erinnerungskultur fördernden Strukturen wie Heer, Kriegervereinen und anderer lokaler (und im Wesentlichen elitärer) gesellschaftlicher Gruppen teilnahmen. Die für die objektiven Probleme wirtschaftlicher oder sozialer „Rückständigkeit“ verantwortliche Entfernung zum Zentrum vergrößerte das Bedürfnis zur Demonstration symbolischer Verbindungen zum Zentrum (und somit zu dem, was das Zentrum sanktionierte). Doch gerade weil an der Peripherie die weniger sichtbare Präsenz der Zentralgewalt in gewisser Weise durch die Aktivitäten von Vertretern der örtlichen Behörden und Honoratioren zur Schaffung von Erinnerungszeichen und -praktiken kompensiert wurde, war dort die Identifikation mit der vorherrschenden Erinnerungskultur von der Suche nach dem eigenen (lokalen) Ort in der gemeinsamen Erinnerungskultur geprägt. An der Peripherie wurde die vorherrschende Erinnerungskultur mithilfe von Symbolen verankert, die nicht nur die nationale Gemeinsamkeit, sondern auch das Verhältnis des Lokalen zum Gemeinsamen, den Ort des Lokalen im Gemeinsamen, zum Ausdruck brachten.

Inwieweit eignen sich diese Thesen zur Beschreibung der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg? Wie bereits erwähnt, zeichneten sich die Erinnerungsinitiativen in Berlin, Königsberg und Memel nach 1919 durch eine verhältnismäßig schwache Rolle der Behörden und eine nun viel stärkere Rolle der Vereine, Armee-Einheiten und öffentlichen Korporationen aus. Dies war übrigens nicht nur für die hier diskutierten drei Städte, sondern auch für ganz Deutschland charakteristisch.<sup>47</sup>

Zwar wurde sich in allen drei Städten eindeutig auf den Ersten Weltkrieg konzentriert, doch setzten sich die Initiatoren der Erinnerung nun anders zusammen. Der erste Grund hierfür war die deutlich größere Aufsplitterung der

<sup>45</sup> Ebenda.

<sup>46</sup> Dies zeigt sich auch im Kontext zweier weiterer Territorien, der Pfalz und Württembergs. Vgl. CELIA APPLGATE: *A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat*, Berkeley 1990; ALON CONFINO: *The Nation as a Local Metaphor – Württemberg, Imperial Germany, and National Memory, 1871-1918*, Chapel Hill u.a. 1997.

<sup>47</sup> MICHAEL JEISMANN, ROLF WESTHEIDER: *Wofür stirbt der Bürger? Nationaler Totenkult und Staatsbürgertum in Deutschland und Frankreich seit der Französischen Revolution*, in: REINHART KOSELLECK, MICHAEL JEISMANN (Hrsg.): *Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne*, München 1994, S. 23-50, hier S. 35.

Gesellschaft: Die vorherrschende Erinnerungskultur wurde nach 1919 nicht mehr von Strukturen, die in ganz Deutschland tätig waren, sondern durch Gruppenerfahrungen gestützt. Dies zeigt sich auch an der bereits diskutierten Vielzahl an Denkmälern: Gedenkort, die der Gemeinschaft der Nation gewidmet waren, wurden von Orten zur Verankerung der Gemeinschaft sozialer Gruppen und gesellschaftlicher Institutionen abgelöst. Selbstverständlich darf die Rolle gesamtdeutscher Strukturen nicht völlig vernachlässigt werden, da die Tradition der Heereseinheiten, ihre im Krieg gefallenen Kameraden mit Denkmälern zu ehren, nicht abbrach. Jedoch war die deutsche Armee in der Zwischenkriegszeit bis zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 sozusagen „ein Staat im Staat“<sup>48</sup> – formell der Regierung unterstellt, wurde sie faktisch den Bedürfnissen der neuen politischen Ordnung kaum angepasst, und sie war nur schwer zu kontrollieren. Diese politische und soziale Absonderung brachte keine völlige ideologische Isolation mit sich, denn die von der Armee propagierten Ideen wurden u.a. von paramilitärischen rechten Zusammenschlüssen wie dem Stahlhelm geteilt. Sie führte aber dazu, dass die Zusammenarbeit zwischen den Staats- und Lokalbehörden und den ganz Deutschland erfassenden militärischen Strukturen, wie sie für die Kaiserzeit zu beobachten war, nach 1919 abbrach. Besonders gilt dies für die Veteranenverbände, die auch in der Weimarer Republik noch als ganz Deutschland erfassende Strukturen betrachtet werden dürfen, jedoch weltanschaulich gespalten waren: Die Ansichten der linken Veteranen unterschieden sich von denen der rechten nicht nur darin, wie man sich an den Krieg erinnern sollte, sondern auch darin, woran konkret man sich erinnern sollte.<sup>49</sup>

Zweitens scheint die verhältnismäßig unbedeutende Rolle der staatlichen Institutionen bei der Stützung der vorherrschenden Erinnerungskultur vor allem in der Dominanz linker politischer Kräfte begründet zu liegen. Aus den Wahlen 1919-1932 ging die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sowohl im Deutschen Reichstag als auch im Preußischen Landtag als stärkste Fraktion hervor, die Provinz Ostpreußen wurde bis 1920 von einem Sozialdemokraten, 1920-1932 von einem Linksliberalen regiert. Die linken Kräfte besaßen die Mehrheit in den Stadtverordnetenversammlungen von Berlin, Königsberg und Memel, in Königsberg hatte lange Jahre ein Sozialdemokrat den Vorsitz inne<sup>50</sup>, in Memel 1919-1927 ein Sozialdemokrat, 1927-1930 ein Kommunist<sup>51</sup>. Die politische Dominanz der linken Kräfte ist insofern wichtig,

<sup>48</sup> Vgl. FRANCIS L. CARSTEN: *The Reichswehr and Politics. 1918 to 1933*, Berkeley u.a. 1973, S. 400 f; EBERHARD KOLB: *The Weimar Republic*, 2. Aufl., New York 2005, S. 172.

<sup>49</sup> Vgl. BENJAMIN ZIEMANN: *Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft*, in: *Historische Zeitschrift* 267 (1998), 2, S. 357-398.

<sup>50</sup> GAUSE (wie Anm. 14), Bd. 3, S. 57, 107.

<sup>51</sup> Zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung von Memel wurde 1919 der Sozialdemokrat Fritz Matzies gewählt, dem schon bald sein Parteikollege Kurt Scharffötter nachfolgte. Am 24.05.1927 wurde der Kommunist Hans Szardenings zum Vorsit-

als sie nach 1919 zur Förderung der eigenen politischen Popularität viel seltener als ihre rechten Kontrahenten an den Ersten Weltkrieg und die damit verbundenen Symbole und Sujets appellierten. Viel mehr als um die Errichtung von Denkmälern kümmerten sich die Sozialdemokraten um direkte Unterstützung der Kriegsgeschädigten.<sup>52</sup> Andererseits kam die Sorge um das Weltkriegsgedenken den Linken auch wegen des ihnen von den rechten Parteien verpassten Etiketts, sie seien schuld an der Annahme der Friedensbedingungen von Versailles und der Einführung der „abnormen“ Staatsform der Republik, nicht gerade gelegen. Zumindest bei den politisch dominierenden Kräften bestand im ersten Nachkriegsjahrzehnt also kein großes Interesse an der Schaffung und Stützung mit dem Krieg verbundener Erinnerungsinitiativen.

Das heißt natürlich nicht, dass auch die alten, rechtsgerichteten politischen Eliten, die in vielen Fällen noch exekutive Gewalt ausübten, keine entsprechenden Initiativen gestartet hätten. Die linken politischen Kräfte verfügten jedoch nach dem Krieg für ein gutes Jahrzehnt über eine solide Grundlage und entsprachen mit ihren Einstellungen der Stimmung in der Gesellschaft. Diese war vom Krieg und dessen Entbehrungen erschöpft, bezüglich der Armee war die Meinung in Deutschland nach Kriegsende mehr als nur ambivalent, so dass es nicht gerade einfach war, die Öffentlichkeit zu organisierter Erinnerung an die Kriegsoffer zu motivieren. So schlug Ostpreußens Oberpräsident Ernst Siehr 1924 den Landräten – formell wegen der schlechten Finanzlage – vor, die Soldatenfriedhöfe in der Provinz auf Kosten von Kirchengemeinden, Vereinen und Schulen instand zu halten. Doch der Landrat des Kreises Insterburg beschwerte sich daraufhin, dass „eine Abneigung gegen alles Militärische herrschte, die bis zur völligen nationalen Gleichgültigkeit ging“.<sup>53</sup> In dieser Hinsicht war die Öffentlichkeit in Memel und Königsberg im Unterschied zu Berlin in den ersten Nachkriegsjahren noch bis zu einem gewissen Grad aktiv. Dies hing in erster Linie mit den Herausforderungen des Versailler Friedens zusammen, die hier viel deutlicher zu spüren waren als in Berlin, sowie mit den Versuchen, die Öffentlichkeit auf deren Grundlage zu mobilisieren: Es kam zur Aufstellung eines Freiwilligenkorps zur Verteidigung Ostpreußens gegen eine befürchtete „bolschewistische Invasion“; wegen des Polnischen Korridors, der Abtrennung des Memelgebiets von Deutschland und der Plebiszite im südlichen Teil Ostpreußens wurde eine regelrechte Hysterie entfacht und schließlich 1921/22 im Memelland ein inoffizielles Plebiszit über die Bildung eines Freistaats abgehalten. Insgesamt betrachtet gelang es den alten politischen Eliten sowie den neuen rechtsge-

---

zenden gewählt. Erst nach den Wahlen von 1930 übernahmen rechtsgerichtete Politiker den Vorsitz. Vgl. Memeler Dampfboot vom 29.03.1919, 29.03.1923, 27.05.1924, 26.05.1927 und 19.06.1930.

<sup>52</sup> Vgl. JEISMANN/WESTHEIDER (wie Anm. 47), S. 36.

<sup>53</sup> ROBERT TRABA: Der Friedhof im Kulturwandel. Ostpreußische Kriegsgräber aus dem Ersten Weltkrieg von 1915 bis 1995, in: Nordost-Archiv N.F. 6 (1997), 1, S. 109-129, hier S. 116 f.

richteten Politikern bis 1933 aber nicht, eine gemeinsame Wertebasis für eine vorherrschende Erinnerungskultur zu schaffen. Diese blieb deshalb bis zur Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur eindeutig heterogen. Die rechten Politiker schafften es nicht, einen gesamtdeutschen Gedenktag zum Ersten Weltkrieg einzuführen, den Linken gelang es nicht, den seit 1921 *de facto* in Deutschland und besonders in Berlin gefeierten Tag der Verfassung in den Status eines offiziellen Nationalfeiertags zu erheben.<sup>54</sup> Zum Teil lag dies an der Zuständigkeit der Länder für Feier- und Gedenktage. Somit waren bis 1933 auch in Memel, Königsberg und Berlin die einzigen Gedenktage, an denen den gefallenen Soldaten größere öffentliche Aufmerksamkeit zuteilwurde, Bußtag und Totensonntag, mit dem Kalender der evangelischen Kirche Preußens verbunden.

Damit soll nicht gesagt werden, dass die politischen Akteure sich die Vergangenheitssymbole und -sujets nicht öffentlich zunutze gemacht hätten. Ganz im Gegenteil wurde dies mit viel Elan betrieben, aber zur wichtigsten Veranstaltung im öffentlichen Raum – das war typisch für alle drei Städte – wurden in der Zwischenkriegszeit nicht so sehr die Staatsfeiertage oder Erinnerungszeremonien, sondern die Wahlen als Teil des ständigen politischen Wettstreits. Beinahe jedes Jahr gingen die Einwohner dieser Städte wie alle Deutschen jemanden wählen, was in gewisser Weise die Rolle der herrschenden Erinnerungskultur im öffentlichen Diskurs verringerte. Angesichts einer stark politisierten Öffentlichkeit, in der den Menschen von der Schulbank an die Überzeugung eingepflegt wurde, dass die Geschichte von sich aus ein Ziel habe, wetteiferten die politischen Akteure und die ihnen zugeneigten Historiker nach 1919 sowohl im Alltag als auch in der Wahlrhetorik intensiv darum, wer von ihnen dieses Ziel und die Rolle Deutschlands in der Geschichte besser verstehe.<sup>55</sup> Interpretationen von Vergangenheitssymbolen und -bildern wurden oft herangezogen, um die historische Berufung Deutschlands und seiner Menschen zu diskutieren. Sie sollten jedoch in diesem Fall eher die Geschichtspolitik als die herrschende Erinnerungskultur stützen.

Auf der Ebene der Erinnerungskultur waren die politischen Akteure ebenfalls aktiv, doch aus den bereits genannten Gründen gelang es ihnen kaum, die Beziehungen zwischen Obrigkeit und Gesellschaft zu stärken. Die Politiker strebten nach einer stärkeren Konsolidierung der fragmentierten und vom Krieg erschöpften Gesellschaft, in der sich unterschiedliche Beurteilungen der mit dem Krieg verbundenen Erfahrungen verankert hatten, wobei ein Teil sich vermutlich überhaupt nicht mehr an irgendwelche Erfahrungen erinnern wollte. Am besten offenbaren sich die Erfolge und Misserfolge solcher Bemühungen in der Diskussion über die Schaffung eines zentralen deutschen

<sup>54</sup> Zu der langwierigen Debatte in dieser Frage siehe SCHELLACK (wie Anm. 13), S. 133-276.

<sup>55</sup> Zu den verschiedenen Geschichtsauffassungen und Mobilisierungsversuchen siehe ROBERT GERWARTH: The Past in Weimar History, in: Contemporary European History 15 (2006), 1, S. 1-22.

Erinnerungsorts für die Kriegsoffer. Die in rechten Kreisen geführte Debatte, an welchem von zwei Orten dieser entstehen sollte – auf einer „Toteninsel“ im Rhein oder in einem Wald bei Bad Berka in Thüringen –, entschied Ende der 1920er Jahre die sozialdemokratische Regierung Preußens unter Otto Braun: 1929-1931 wurde das im Zentrum Berlins befindliche Gebäude der Neuen Wache, das im 19. Jahrhundert als Gedenkort für die in den Napoleonischen Kriegen Gefallenen errichtet worden war, zu einem Nationaldenkmal für die im Ersten Weltkrieg Gefallenen hergerichtet. Doch die rechten politischen Kräften und sogar die Kommunisten boykottierten diesen Versuch, die Sorge der Sozialdemokraten um die Erinnerung an die Kriegsoffer zum Ausdruck zu bringen<sup>56</sup>, und 1931 war es dann eine rechtsgerichtete Regierung, die sich für die Errichtung des Monuments bei Bad Berka entschied<sup>57</sup>. Es wurde jedoch nie gebaut.

In Königsberg lassen sich für die Zwischenkriegszeit, so scheint es, gleichfalls gewisse Versuche zur Konsolidierung der Erinnerungen verschiedener Bevölkerungsgruppen durch Konzentrierung von Erinnerungszeichen – Gedenksteinen und eigens gepflanzten Eichen – im Max-Aschmann-Park erkennen. Dennoch wurden in Königsberg der Park und der darin befindliche Heldenhain nie als zentraler Ort der Erinnerung an die Kriegsgefallenen behandelt. Ein viel größeres Sammlungspotenzial, das weit über die Grenzen Ostpreußens hinausgriff, besaß das 1924-1927 in Hohenstein errichtete Tannenberg-Monument, das wie im Falle von Bad Berka nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie geplant worden war. Doch dieses wiederum, so lässt sich sagen, war ein Projekt der rechten und konservativen Kräfte, das vom linksgerichteten Teil der Bevölkerung boykottiert wurde.<sup>58</sup>

Memel stach in dieser Hinsicht heraus, da es hier im Unterschied zu Berlin und Ostpreußen durch direkte Intervention politischer Kreise gelang, eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer des Ersten Weltkriegs zu bauen, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen einte. Dafür bedurfte es jedoch spezieller Umstände.

In Memel wurde die Erinnerung an die Kriegsoffer für einige Zeit im Wesentlichen von einer direkt betroffenen Organisation gepflegt, nämlich vom Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen unter der Leitung von Michel Bertschus, einem führenden Mitglied der SPD im Memelgebiet. Am Buß- und Betttag oder am Totensonntag veranstaltete der Bund Gedenkabend mit Ansprachen und einer Spendensammlung für die Kriegswaisen. Ständiger Partner bei dieser Veranstaltung war der ebenfalls linksgerichtete Arbeitergesangsverein, dessen Chor bei den Veranstaltungen auftrat. Diese vor allem von

<sup>56</sup> Vgl. HENRIK HILBIG: Das Reichsehnenmal bei Bad Berka. Entstehung und Entwicklung eines Denkmalprojekts der Weimarer Republik, Aachen 2006, S. 225-233.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 234.

<sup>58</sup> Vgl. ROBERT TRABA: „Wschodniopruskość“. Tożsamość regionalna i narodowa w kulturze politycznej Niemiec [„Ostpreußentum“. Regionale und politische Identität in der politischen Kultur Deutschlands], 3. Aufl., Olsztyn 2007, S. 333.

linken Kreisen unterstützten Gedenkformen wurden 1925 um einen neuen, vom gegnerischen politischen Lager initiierten Akzent ergänzt: eine Zeremonie auf dem Memeler Heldenfriedhof am Totensonntag. Aus einer bescheidenen Zeremonie mit der Niederlegung zweier Kränze wurden in den Folgejahren Massenveranstaltungen, zu deren ständigen Teilnehmern rechtsgerichtete Organisationen wie der Kriegerverein, der Seefischerverein, der Lehrerverband des Memelgebiets, die Gesangsvereine Liedertafel und Liederfreunde sowie der Beamtenengesangverein gehörten.<sup>59</sup> Somit zerfielen am Ende der 1920er Jahre die alljährlichen Kriegsopfer-Gedenkfeiern in Memel in zwei Lager. An der zuerst genannten Veranstaltung nahmen vor allem Arbeiter, ehemalige Kriegsteilnehmer und die Familien der Opfer teil, während sich bei der zweiten, die das deutsche Generalkonsulat in Memel unterstützte<sup>60</sup>, vor allem konservative und nationalistisch gesinnte Kreise versammelten.

Diese besondere Situation änderte sich 1930, als der Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen unter nicht ganz geklärten Umständen (möglicherweise unter behördlichem Druck) plötzlich beschloss, ebenfalls an den alljährlichen Zeremonien auf dem Heldenfriedhof teilzunehmen<sup>61</sup>, und diesem Vorsitzenden dort gar als Erstem das Wort erteilt wurde.<sup>62</sup> Während dieser Zeremonie nun schlug Bruno le Coutre, Mitglied der Memelländischen Volkspartei und Rektor einer Memeler Volksschule, vor, auf dem Heldenfriedhof ein Denkmal zu errichten. Diese Idee wurde im Verlaufe des Jahres 1931 erstaunlich schnell umgesetzt. Anlässlich ihrer Präsentation im Februar 1931 auf einer im Schützenhaus einberufenen Einwohnerversammlung bemerkte le Coutre, dass an vielen Orten im Memelland und auch in Memel selbst schon Erinnerungszeichen für die Kriegsgefallenen bestünden, nun jedoch ein Ehrenstein für „das Gedächtnis aller gefallenen Memelländer, gleich welcher Sprache und welchen Glaubens“, errichtet und dieses Denkmal ausschließlich mit Spendengeldern der Einwohner finanziert werden solle.<sup>63</sup> Es gelang innerhalb kürzester Zeit, die Gelder für den Denkmalsbau zu sammeln, und schon am Totensonntag desselben Jahres konnte das Monument enthüllt werden.

Mit dem Bau dieses Denkmals gelang es, die in Bezug auf das Kriegsgedenken gespaltene Gesellschaft zu vereinen: An der Einweihung nahmen linke und rechte Organisationen, evangelische und katholische Priester teil. Vermieden wurden Fehler wie noch anlässlich der Enthüllung des Tannenberg-Monuments 1927, als man den anwesenden Rabbiner nicht zu Wort

<sup>59</sup> Nach den Beschreibungen der Veranstaltungen in: Memeler Dampfboot vom 19.11.1921, 20.11.1921, 22.11.1921, 19.11.1924, 25.11.1924, 18.11.1925, 20.11.1925, 22.11.1925, 24.11.1925, 22.11.1927, 27.11.1928, 23.11.1929 und 26.11.1929.

<sup>60</sup> Diese Unterstützung wurde deutlich bekundet: Während der Zeremonien auf dem Heldenfriedhof legte der Vertreter des Generalkonsulats als einer der Ersten Kränze nieder.

<sup>61</sup> Memeler Dampfboot vom 19.11.1930.

<sup>62</sup> Memeler Dampfboot vom 25.11.1930.

<sup>63</sup> Memeler Dampfboot vom 21.02.1931.

kommen ließ.<sup>64</sup> In Memel hielt der örtliche Oberrabbiner eine Ansprache, und nicht nur die deutschen Sportvereine, sondern auch der jüdische Sportverein Bar-Kochba legten am Denkmal Kränze nieder.<sup>65</sup> Die einzige Gruppe, die bei dieser Zeremonie und der Baukampagne fehlte, waren die an einer Annäherung an Litauen interessierten Litauer des Memelgebiets: Bei der Spendensammlung waren die Versuche der Litauer, sich zu beteiligen, abgeblockt worden.<sup>66</sup> Das Monument sollte ein Ort sein, der alle Memelländer<sup>67</sup> – deutsche und örtliche (preußische) Litauer, jedoch nicht „Großlitauer“ – vereinte.

Warum gelang in Memel, was in Berlin und Königsberg nicht zustande kam? Hier sind wohl mehrere miteinander verflochtene Faktoren zu berücksichtigen. Erstens dominierten zwar auch in Memel in den 1920er Jahren auf städtischer Ebene linke Politiker, doch gab es im übrigen Memelgebiet ein aktives rechtes politisches Lager, das sich dort sowohl wegen der relativ kleinen Fläche als auch wegen seiner Anbindung an die Finanzhilfe aus dem Deutschen Reich besser als anderswo konsolidieren konnte. Die Unterstützung durch diese Politiker, die auch die Handels- und Handwerkskammern kontrollierten, sowie durch die im Memelland einflussreiche Evangelisch-Lutherische Kirche gewährleistete, dass die Idee eines Denkmals in der Bevölkerung auf Unterstützung stoßen würde. Zweitens bildete das Jahr 1930 eine Zäsur im politischen Leben des Memelgebiets wie auch der Stadt: In Memel übernahmen zum ersten Mal nach dem Krieg rechte politische Kräfte die Macht. Dies war ein Abbild der allgemeinen Erstarkungstendenzen der deutschen Rechten, doch anders als im Deutschen Reich, wo diese Tendenz eher mit den Auswirkungen der Wirtschaftskrise in Verbindung zu bringen war, kam im Memelgebiet die Verschärfung des deutsch-litauischen Konflikts hinzu: Nach zwei Jahren absoluter Zurückhaltung und formell freundschaftlicher Beziehungen begann die Reichsregierung sich 1930 unter Verletzung der Vereinbarung mit Litauen zum ersten Mal offen in die Angelegenheiten des Memelgebiets einzumischen; sie hielt so die dortigen Politiker dazu an, ihre Einstellungen deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Unter einer derart veränderten politischen Konjunktur riefen die Versuche Litauens, alle Einwohner des Memelgebiets in die Veranstaltungen zum Jubiläumsjahr Vytautas des Großen einzubeziehen<sup>68</sup>, eine klar antiintegrative Reaktion hervor – ein Denkmal nur für die Memelländer.

<sup>64</sup> JÜRGEN TIETZ: *Das Tannenberg-Nationaldenkmal. Architektur, Geschichte, Kontext*, Berlin 1999, S. 54.

<sup>65</sup> Memeler Dampfboot vom 22.11.1931.

<sup>66</sup> Lietuwos Keleiwis vom 22.11.1931.

<sup>67</sup> Zu dem Begriff „Memelländer“ und der Memelländertum-Ideologie siehe VASILIJUS SAFRONOVAS: „Memelenderių“ daryba, arba ideologinis 1939 m. Klaipėdos krašto aneksijos parengimas [Die Erfindung der „Memelländer“ oder die ideologische Vorbereitung des Anschlusses des Memelgebiets 1939], in: SILVA POČYTĖ (Hrsg.): *Klaipėdos krašto aneksija 1939 m. Politiniai, ideologiniai, socialiniai ir kariniai aspektai*, Klaipėda 2010, S. 32-68.

<sup>68</sup> Vgl. SAFRONOVAS, *Praeitis* (wie Anm. 5), S. 156-159.

All dies zeigt, dass die gegenseitig Abhängigkeit von gesellschaftlichen Verbindungen und Erinnerungskultur nur unter Berücksichtigung der konkreten politischen Umstände erörtert werden kann, unter denen sich auf der Grundlage dieser Beziehungen die Erinnerungskulturen herausbilden.

### 3 Die politische und soziale Ordnung als Rahmen für die vorherrschende Erinnerungskultur

Um die Herausbildung und das Funktionieren von Erinnerungskulturen in drei Städten zu beschreiben, dienen in dieser Untersuchung zwei Zeitabschnitte als Perspektiven. Dabei lässt sich klar erkennen, dass die Unterschiede zwischen den für den jeweiligen Zeitabschnitt typischen Bedingungen mit den Unterschieden zwischen den Erinnerungskulturen korrelieren. Die Realisierung eines zentralen Denkmals für die Kriegsgefallenen in Memel zeigt außerdem, dass nicht einmal die Unterschiede zwischen den Zeitabschnitten zwangsläufig ausschlaggebend sind, sondern die jeweilige politische und soziale Ordnung, die in einer Stadt die Pflege der jeweiligen Erinnerungskultur einschränkt. Diese Ordnung kann je nach Stadt unterschiedlich sein. Wichtig ist nicht nur, ob die vorherrschende Erinnerungskultur in einer Stadt unter demokratischen oder nicht-demokratischen Verhältnissen verbreitet wird, sondern auch, wie sie in einer konkreten Trägerumgebung adaptiert wird und ob ein gut motiviertes Interesse zur Erweiterung dieser Umgebung besteht, mit welchen Herausforderungen man sich dabei konfrontiert sieht usw.

Welche allgemeinen Rückschlüsse lassen sich nun auf die Erscheinungsform der herrschenden Erinnerungskultur in den beiden behandelten Zeiträumen ziehen, und wo stoßen sie an ihre Grenzen? Thomas Nipperdey hat eine Klassifizierung der deutschen Nationaldenkmäler in zwei „Idealtypen“ vorgeschlagen: in monarchistische oder dynastische Denkmäler sowie in Denkmäler, in denen sich die Nation selbst verkörpert und die als Symbole für die Einigkeit und Macht der Nation zu verstehen sind.<sup>69</sup> Diese Typologisierung ließe sich fortführen. Wie der vorliegende Artikel zeigt, war vor 1918 im Rahmen der herrschenden Erinnerungskultur tatsächlich die Legitimierung des Herrschers bzw. der herrschenden Gruppe von größter inhaltlicher Bedeutung, während unter demokratischen Bedingungen die Nation und die für ihre Festigung wichtigen Ereignisse die Hauptrolle spielten. Im Grunde genommen lässt sich sagen, dass gerade von der politischen und sozialen Ordnung abhängt, was den Inhalt der Erinnerungskultur ausmacht: das, was man als historische Meistererzählung bezeichnet, oder die erlebte Gruppenerfahrung. Dennoch sollte man sich vor der Versuchung hüten, diese Verallgemeinerungen mechanisch auf die zwei Zeitabschnitte anzuwenden.

<sup>69</sup> THOMAS NIPPERDEY: Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: *Historische Zeitschrift* 206 (1968), 3, S. 529-585, hier S. 542-546, 573-582, 585.

Zu beachten ist, dass sowohl unter demokratischen als auch unter nicht-demokratischen Bedingungen solche Gruppen, die mit gewissen Machtbefugnissen ausgestattet sind, danach streben, die freie Wahl bezüglich der Frage, woran und wie man sich erinnert, für die eigenen Ziele einzuspannen, zu beherrschen und zu kontrollieren. Dies ist meist mit dem Bestreben verbunden, die eigene Erinnerungskultur expandieren zu lassen und anderen aufzudrängen. Hierfür sind die bereits diskutierten Versuche rechter und linker politischer Akteure, neue Gedenktage einzuführen und zentrale, die ganze Nation einende Denkmäler zu schaffen, für die Zeit der Weimarer Republik typische Beispiele. Entsprechende Bestrebungen waren jedoch auch schon in der Kaiserzeit deutlich sichtbar. Wenn wir uns erneut der Umgebung des Berliner Königsplatzes an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert zuwenden, so sehen wir einen unzweideutigen symbolischen Kontrollanspruch auf einen Ort, an dem sich eigentlich die Demokratie äußert. Das Portal des neben der Siegesssäule errichteten Reichstags sollte nach dem Willen seines Architekten die Inschrift „Dem Deutschen Volke“ zieren und so seinen Zweck hervorheben. Schon bald nach der Fertigstellung des Gebäudes jedoch verwandelte sich die ganze Umgebung des Platzes in eine Arena zur Verankerung der borussianischen historischen Meistererzählung (und die Inschrift wurde erst 1916 angebracht). In diesem Zusammenhang scheint die Tatsache, dass von allen Skulpturen das Bismarck-Nationaldenkmal dem Reichstag am nächsten stand, kein Zufall gewesen zu sein: Bismarck war der Autor der Verfassung, die das allgemeine Wahlrecht für Männer für den Reichstag einführte, der jedoch von dem seine Entscheidungen „überwachenden“ Bundesrat abhängig war, während Reichskanzler und Kaiser diesen Institutionen absolut keine Rechenschaft schuldig waren.

Noch deutlicher traten diese Kontroll- und Beherrschungsbestrebungen in Memel hervor. Der dortige Kriegerverein brachte 1890 die Idee eines Denkmals für Königin Luise vor und begann mit dem Sammeln von Spendengeldern.<sup>70</sup> Das Monument sollte die Verbindungen der Stadt zu der einst dort wohnenden, legendären Herrscherin festigen – sowie auch zum sogenannten „Reichsgründungsmythos“. Ursprünglich war die inhaltliche Botschaft, die mit der Statue verankert werden sollte, keineswegs so weit gefasst, wie sie es nach der Übernahme dieser Idee durch Behördenvertreter<sup>71</sup> und schließlich durch die Errichtung des zur Quintessenz der borussianischen Meistererzählung gewordenen Borussia-Nationaldenkmals, anstelle eines Luisen-Denkmals, wurde.

<sup>70</sup> JOHANNES SEMBRITZKI: Memel im neunzehnten Jahrhundert, Memel 1902, S. 147.

<sup>71</sup> Nachdem der Memeler Magistrat 1898 die Stiftung vom Kriegerverein übernommen hatte, wandelte sich die Konzeption des Denkmals. Dies ist in einem Dokument zu lesen, das in den Sockel des Denkmals eingemauert wurde: Urkunde für den Grundstein des Nationaldenkmals vom 20.07.1907, in: Mažosios Lietuvos istorijos muziejus [Museum für die Geschichte Kleinlitauens], Klaipėda, Inv. Nr. 10256, IR-479.

Bei der zweiten Verallgemeinerung ist unbedingt hervorzuheben, dass die politische und soziale Ordnung die Unterschiede zwischen den Trägern der vorherrschenden Erinnerungskultur beeinflusste. Vor 1918 konzipierten das direkte Umfeld des Kaisers sowie Autoren, die an „Preußens deutsche Sendung“ glaubten, deren Inhalt. Hauptträger dieser Erinnerungskultur und zugleich deren wichtigste Verbreiter waren gesellschaftliche Eliten, die vom Regime unterstützt wurden bzw. dies anstrebten oder aber dessen Werte teilten – Lehrer, Pfarrer, Offiziere und Soldaten, Kriegsveteranen. Wie das Beispiel Memel zeigt, waren diese Gruppen in peripheren Städten auch ohne besondere Ermutigung durch die Behörden aktiv, da dort das Bedürfnis bestand, die Verbindungen zum Zentrum zu betonen, und deshalb nach einem eigenen Platz in der historischen Meistererzählung gesucht wurde. Die politischen und sozialen Veränderungen der Jahre 1918/19 führten dazu, dass in allen drei Städten die Erinnerungskultur, die zur Zeit der Weimarer Republik die Oberhand gewann, auf Gruppenerfahrungen basierte. Getragen wurde sie von Erinnerungsgemeinschaften, die entsprechende Erlebnisse durchgemacht hatten. Natürlich war dieser Trägerkreis der Erinnerungskultur in einer direkt von den Kriegshandlungen betroffenen Stadt wie Memel potenziell größer. Er setzte sich in der Zeit der Weimarer Republik jedoch nicht nur aus gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Die Bestrebungen politischer Kräfte, die mit dem Krieg verbundenen Erfahrungen für Manipulationen zu nutzen, zeigten sich sowohl in Berlin als auch in Memel. Dies deutet nicht nur darauf hin, dass die Beziehung zur Obrigkeit auch unter den Bedingungen der Republik eine wichtige Rolle spielte, sondern lässt auch erkennen, dass gerade die Übereinstimmung der Wertvorstellungen von Behördenvertretern und gesellschaftlichen Zusammenschlüssen darüber entschied, ob sich unterschiedliche Erinnerungsgemeinschaften zu einer immer homogener werdenden und dann auch um Expansion bemühten Erinnerungskultur entwickeln konnten.

So sehr die Obrigkeit auch versuchte, den Inhalt der heterogenen Erinnerungskultur zu kontrollieren und zu homogenisieren, musste sie sich ihr stets doch auch anpassen, denn nicht die Intentionen der politischen Eliten, sondern die Gruppenerfahrungen entschieden in der Zwischenkriegszeit darüber, welche Objekte erinnert wurden. In der Kaiserzeit war der Inhalt der Erinnerungskultur hingegen durch anerzogene Loyalität zum Kaiserhaus und unter Rückgriff auf Symbole aus einer weit zurückliegenden Vergangenheit geformt worden. Dabei wurden Taten längst verflossener Helden auf militärischer und staatlicher Ebene verankert, die selbst nicht mehr in den politischen Wettstreit eingreifen konnten. Doch auch hier zeigt das Beispiel Memel, dass Behörden selbst unter demokratischen Bedingungen über Mittel zur Beeinflussung von Gesellschaftsgruppen verfügten, die sich möglicherweise einer Homogenisierung der Erinnerungskultur widersetzen könnten. Es scheint kein Zufall zu sein, dass gerade nach den ersten Wahlen zum Landtag des Memelgebiets im Oktober 1925 konservative Kräfte ihre Anstrengungen verstärkten, den Heldenfriedhof zum Ort von alljährlichen Zeremonien zu machen, die größere Bevölkerungsgruppen einschließen könnten. Vor diesen Wahlen

stellte das deutsche Generalkonsulat in Memel heimlich Geld zur Verfügung und begann mit der Unterstützung politischer Gruppen, die bis 1933 in Memel aktiv blieben.<sup>72</sup> Kein Zufall war es wohl auch, dass die autonome Verwaltung des Memelgebiets dem Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen unmittelbar vor dessen 1930 erfolgten Entscheidung, an den Zeremonien auf dem Heldenfriedhof teilzunehmen, die alljährliche finanzielle Unterstützung, die sie sonst vor Weihnachten gewährt hatte, entzog.<sup>73</sup> Kurz zuvor war Bertschus als Vorsteher der Memeler Ortsgruppe dieses Bundes zurückgetreten.<sup>74</sup>

Memel unterschied sich durch diese vom deutschen Generalkonsulat (so scheint es) geförderten Bemühungen der Obrigkeit also ganz offensichtlich von Berlin oder Königsberg, wo solche Bestrebungen erst 1933 deutlich hervortraten, als die Nationalsozialisten die Macht übernahmen. Diese Sonderstellung lässt sich leicht erklären. Anders als in Berlin oder Königsberg fühlten sich die gesellschaftlichen Gruppen, die in Memel die vorherrschende Erinnerungskultur stützten, in der Republik Litauen als Angehörige einer „nationalen Minderheit“. Dieser Status spornte sie zu einer viel stärkeren Konsolidierung an, gerade auch weil sie über eine starke Unterstützung (auch finanzieller Art) und einen Kontrahenten verfügten, der ihnen als Minderheit das Recht absprach, in demselben Territorium zu leben. Mit Warnungen vor der Litauisierung Memels und der Zurückdrängung der „hohen“ deutschen Kultur konnten die antiintegrativen politischen Kräfte praktisch die gesamte litauische Herrschaft hindurch bei den Einwohnern Ängste schüren.

Die Frage nach der Ausrichtung der Bevölkerung und damit zugleich nach der Beziehung zwischen Erinnerungskultur und ihren Alternativen hängt ebenfalls mit gewissen Unterschieden in der politischen und sozialen Ordnung zusammen. Die Stadt ist zwangsläufig Schauplatz sozialer Wechselwirkungen, wo unterschiedliche Erinnerungskulturen zum Ausdruck kommen können und in einer bestimmten Art von Verhältnis zueinander stehen. Exis-

<sup>72</sup> Zur Finanzierung siehe PETRONĖLE ŽOSTAUTAITĖ: „Kulturbundas“ ir revanšistinė imperialistinės Vokietijos politika Klaipėdos krašte 1923-1933 metais [Die Tätigkeit des „Kulturbundes“ und die revanchistische Politik des imperialistischen Deutschlands im Gebiet Klaipėda in den Jahren 1923-1933], in: Lietuvos istorijos metraštis, 1979 metai, Vilnius 1981, S. 39-52, hier S. 43 f.; JOACHIM TAUBER: Das Dritte Reich und Litauen 1933-1940, in: ORTWIN PELC, GERTRUD PICKHAN (Hrsg.): Zwischen Lübeck und Novgorod. Wirtschaft, Politik und Kultur im Ostseeraum vom frühen Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Norbert Angermann zum 60. Geburtstag, Lüneburg 1996, S. 477-496, hier S. 482; SILVA POCYTE: Klaipėdiškių/lietuvinkų ir didlietuvių sugyvenimas Klaipėdos krašte: Lietuviškųjų organizacijų komiteto veiklos 1934-1939 m. pavyzdys [Die Tätigkeit des Komitees Litauischer Organisationen 1934-1939 als Beispiel des Zusammenlebens von Klein- und Großlitauern im Memelgebiet], in: Lietuvos istorijos metraštis (2003 [2005]), 2, S. 77-90, hier S. 84.

<sup>73</sup> Memeler Dampfboot vom 19.11.1930.

<sup>74</sup> Memeler Dampfboot vom 4.02.1931.

tiert hierfür nur unter demokratischen Umständen eine größere Bandbreite an Möglichkeiten?

#### 4 Die alternative Kommunikationsumgebung als Voraussetzung für Alternativen zur vorherrschenden Erinnerungskultur

Eine weit verbreitete Meinung lautet, dass es in demokratischen, pluralistischen Gesellschaften keine von der Obrigkeit diktierte offizielle Vergangenheitsauffassung gebe, sondern eine bunte Vielfalt davon und sogar einen Wettbewerb unterschiedlicher Auffassungen.<sup>75</sup> Im Prinzip gilt dies auch für Erinnerungskulturen, doch können auch in nicht-demokratischen Gesellschaften (bzw. in solchen, in denen die Demokratie stark eingeschränkt ist) Versuche, eine vorherrschende Erinnerungskultur heranzubilden und zu verankern, auf Gegenspieler stoßen, die diese Erinnerungskultur negieren bzw. Alternativen vorschlagen oder beides zugleich. Dies zeigte sich im Deutschen Kaiserreich auch in Berlin, Königsberg und Memel, wo es aktualisierte, jedoch nicht zur vorherrschenden Erinnerungskultur gehörende Gedenkpraktiken gab, die zum Ziel hatten, die Bevölkerung zu vereinen.

Dies gilt in erster Linie für die vor dem Ersten Weltkrieg errichteten Denkmäler, die nicht mit der borussianischen Meistererzählung in Verbindung standen: So wurde z.B. am 10. November 1910 in Königsberg eine Statue von Friedrich Schiller enthüllt und in Memel am 19. Mai 1912 ein Simon Dach gewidmetes Brunnendenkmal mit einer Änchen-von-Tharau-Skulptur eingeweiht. Beide Denkmäler wurden allein mit Spendengeldern der Bevölkerung finanziert und brachten volksverbundene Symbole der deutschen Kultur zum Ausdruck; staatliche Institutionen waren am Bau nur ganz am Rande beteiligt.

Wahrscheinlich sollten beide Denkmäler daran appellieren, die Deutschen nicht zu einer Reichs-, sondern, in einem radikaleren Ansatz, zu einer Volksnation zu verbinden.<sup>76</sup> Sie distanzierten sich also von Bestrebungen, die traditionelle, mit dem preußischen Staat und der Hohenzollern-Dynastie verbundene Loyalität (den sogenannten „preußischen Patriotismus“) nach 1871 auf das gesamte Deutsche Reich auszudehnen. Mit diesen Bemühungen um die Schaffung einer Reichsnation konkurrierte<sup>77</sup> seit den 1890er Jahren verstärkt die Idee der Herausbildung einer Volksnation, mit deren Umsetzung nicht nur die ethnische „Reinheit“ des Reiches, sondern auch die Eingliederung der deutschen Minderheiten außerhalb der Reichsgrenzen angestrebt wurde. Die-

<sup>75</sup> Siehe z.B. GERWARTH (wie Anm. 55), S. 5.

<sup>76</sup> Mehr zu diesen Prinzipien bei OTTO DANN: Nationale Fragen in Deutschland. Kulturnation, Volksnation, Reichsnation, in: ETIENNE FRANÇOIS, HANNES SIEGRIST u.a. (Hrsg.): Nation und Emotion, Göttingen 1995, S. 66-82.

<sup>77</sup> Als Konkurrentin des von den Reichsinstitutionen gestützten Prinzips der Reichsnation betrachtet die im Prinzip der Volksnation ihren Ausdruck findende radikale Strömung des deutschen Nationalismus PETER WALKENHORST: Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914, Göttingen 2007.

se Ambitionen bezogen ihre Kraft aus der Überzeugung von der ethnischen Einzigartigkeit der Deutschen (und im weiteren Sinn der Germanen), stützten sich auf die Prämisse der Vorherrschaft der deutschen Kultur und zielten viel stärker auf die Assimilation Nichtdeutscher ab als die Bemühungen zur Schaffung einer Reichsnation. Die Nichtdeutschen bestanden in den östlichen preußischen Provinzen wie Posen oder Westpreußen vor allem aus katholischen Polen<sup>78</sup>, denen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert eine gewaltige „Germanisierungskampagne“ galt, die sich nicht auf Propaganda beschränkte, sondern auch in konkreten Maßnahmen äußerte. In Ostpreußen blieb sie auf das Ermland beschränkt, wo polnischsprachige Katholiken wohnten, während sie anderswo, wie in Masuren und Preußisch-Litauen, vor allem in Form von Propaganda betrieben wurde.

Vor diesem Hintergrund kam 1905 in Königsberg, als in ganz Deutschland Schillers 250. Todestags gedacht wurde, die Idee zur Errichtung eines entsprechenden Denkmals auf. Schillers Nationalisierung hatte in Deutschland noch vor der Reichsgründung stattgefunden, als der Dichter zur Ikone des liberalen Nationalismus geworden war. Gerade die Liberalen verehrten Schiller nicht nur für sein „Deutschtum“, sondern auch für die Verteidigung demokratischer Ideale.<sup>79</sup> Diese Bedeutungen hatten jedoch kaum etwas mit den Ideen zu tun, die in Königsberg zum Bau eines Schillerdenkmals motivierten. Des- sen Initiator Max Hecht, Professor am Königsberger Gymnasium, veröffentlichte 1905 eine kurze Begründung seiner Idee. Demnach sollte die Schiller- statue hier als „Wahrzeichen idealen deutschen Geistes und deutscher Gesit- tung auf vorgeschobenem Posten gegen die Barbarei des Ostens und gegen das anstürmende Polentum“ entstehen.<sup>80</sup> Es lässt sich aber nicht mit Sicher- heit sagen, ob gerade diese Zuschreibung dazu führte, dass die Provinzialbe- hörden sich nicht an der Spendensammlung für das Denkmal beteiligten, ob- wohl das von Hecht zusammengestellte Komitee in der ganzen Provinz aktiv war und die Statue deshalb gar als „Provinzdenkmal“ bezeichnet wurde.<sup>81</sup>

Die Entstehung des Simon Dach-Denkmal in Memel verlief in vielen As- pekten ähnlich. Wie in Königsberg kam die Idee in einem Gedenkjahr auf, zum 250. Todestag im Jahre 1909.<sup>82</sup> In beiden Fällen sollte das Denkmal von Anfang an vor dem Theater zu stehen kommen. In Königsberg stellte dieser Platz eine gewisse Alternative zum Schlosskomplex dar, um den sich bereits die in der Kaiserzeit errichteten, die vorherrschende Erinnerungskultur reprä- sentierenden Statuen scharten. Auch in Memel hatte der Platz vor dem Thea-

<sup>78</sup> Vgl. ROGERS BRUBAKER: *Citizenship and Nationhood in France and Germany*, Cam- bridge/MA u.a. 1992, S. 127-132.

<sup>79</sup> OTTO DAHN: Schiller, in: ETIENNE FRANÇOIS, HAGEN SCHULZE (Hrsg.): *Deutsche Erinnerungsorte*, Bd. 2, 2, durchgesehene Aufl., München 2003, S. 171-186.

<sup>80</sup> MAX HECHT: *Die Idee eines Schillerdenkmals in Königsberg*, Königsberg 1905, S. 4.

<sup>81</sup> DERS.: *Der Werdegang des Provinzial-Schillerdenkmals in Königsberg* i. Pr. Ein Be- richt, Königsberg 1910, S. 6-11.

<sup>82</sup> Lietuvių šventė vom 16.04.1909.

ter keinen Bezug zu dem Standort der zwei anderen Denkmäler aus der Kaiserzeit. Die Wahl des Schauspielhauses zeugt von dem Bestreben, Dach wie auch Schiller als Vertreter der „hohen“ deutschen Kultur zu sehen. Besonders deutlich tritt diese Verbindung in Königsberg hervor, wo das Schiller-Denkmal nicht nur das Theater, sondern auch das Universitätsgebäude und die Kant-Statue in unmittelbarer Nähe hatte.<sup>83</sup> Dagegen gelang in Memel die Platzierung weniger eindrucksvoll, denn anders als in Königsberg, wo die Schiller-Statue auf dem repräsentativen Paradeplatz stand, fanden auf dem Theaterplatz in Memel die Wochenmärkte statt.

Zum Simon-Dach-Denkmal ist noch keine Quelle aufgetaucht, die dem ideellen Programm Hechts entspricht. Deshalb lassen sich auch die Verbindungen dieses Vorhabens mit der Idee der Volksnation nicht sicher belegen. Zweifellos sollten jedoch mit der Errichtung beider Statuen die Verbindungen der Peripherie zum gesamten Volk demonstriert werden. Anders als in Königsberg, mit dem Schiller nichts verband, bestand jedoch zwischen Simon Dach und Memel ein regionaler Bezug.<sup>84</sup> Der Dichter und Rektor der Königsberger Universität war in Memel zur Welt gekommen. Dennoch wird deutlich, dass beide nicht in staatlicher Hinsicht, als „Untertanen des Kaisers“, sondern unter ethnischen Vorzeichen, als Vertreter der „deutschen Kultur“, geehrt werden sollten. Die Spenden für das Simon-Dach-Denkmal wurden im Sommer während eigens organisierter Volksfeste in Sandkrug gesammelt. In Dampfzügen wurden die Besucher dorthin über die Meerenge gefahren und erlebten, nach Entrichtung einer Gebühr, Auftritte Memeler Kapellen und Chöre; daneben konnten sie sich an verschiedenen anderen Attraktionen erfreuen. Diese Veranstaltungen waren recht erfolgreich – für das erste Fest wurden 7000, für das zweite 11 000 Karten verkauft.<sup>85</sup> Deshalb fanden auch nach der Errichtung des Denkmals bis zum Kriegsausbruch noch zwei weitere Simon-Dach-Feste in Sandkrug statt.<sup>86</sup>

Ihrer zurückhaltenden, aber nicht ablehnenden Reaktion auf die beiden Denkmäler nach zu urteilen, sperrten sich die Behördenvertreter, die in beiden Fällen an der Eröffnungsfeier teilnahmen, nicht gänzlich gegen eine auf dem Prinzip der Volksnation beruhende Konsolidierung der Bevölkerung. Dieser Umstand ist wohl damit zu erklären, dass sich die Kommunikationsumgebung, also die Umgebung, in der solche Ideen zirkulierten und somit de-

<sup>83</sup> HECHT (wie Anm. 80), S. 4. Das Denkmal sollte „auf dem schönsten Platze der Stadt“ und in Königsberg als „dem östlichsten Kulturmittelpunkte des Reiches“, „in der äußersten Ostmark des Reiches gegenüber den anbrandenden Fluten des Polentums“ zu stehen kommen (ebenda, S. 4, 6).

<sup>84</sup> Zur ideologischen Verwendung Simon Dachs in Ostpreußen siehe AXEL E. WALTER: Bemühungen um Simon Dach. Eine wissenschaftsgeschichtliche Darstellung zu den Dach-Ausgaben und zur Rezeption eines „ostpreußischen“ Dichters, in: Berichte und Forschungen. Jahrbuch des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa 14 (2006), S. 7-106.

<sup>85</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 26.08.1910, 2.09.1910, 22.08.1911 und 29.08.1911.

<sup>86</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 6.08.1912, 30.08.1912, 8.08.1913 und 29.08.1913.

ren soziale Basis schufen, in den deutschen Städten vor dem Ersten Weltkrieg bereits weit ausgedehnt hatte. Z.B. stand die Memeler Ortsgruppe des 1894 in Posen gegründeten Deutschen Ostmarkenvereins, der sich in völkisch-nationalistischer Manier für die deutsche Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens einsetzte, unter der Führung des Rechtsanwalts Max Godlowsky (der u.a. auch den Männerturnverein leitete), dem Vorstand gehörten Lehrer und Direktoren der wichtigsten städtischen Schule und Banken sowie Kaufleute und schließlich der langjährige Landrat (1883-1918) des Kreises Memel Heinrich Cranz an.<sup>87</sup> Die Memeler Ortsgruppe des 1898 gegründeten Deutschen Flottenvereins, der die Aufrüstung zur See und eine expansive deutsche Außenpolitik propagierte, stand unter der Leitung von Rechtsanwalt Carl Arthur Heygster<sup>88</sup>, unter anderem 1902-1911 stellvertretender Bürgermeister und 1911-1914 Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung. Zu den Unterstützern radikaler Ideen zählten in Memel also viele Vertreter der politischen und sozialen Elite, was ein für ganz Deutschland typischer Zug war. Diese Ideen von einer deutschen Weltmachtstellung wurden vom Kaiser grundsätzlich unterstützt, und in einigen deutschen Städten war der radikale Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg schon weit verbreitet, insbesondere in Berlin. Der dortige Magistrat ließ zu Beginn des 20. Jahrhunderts Lehrmittel und Lehrpläne erstellen, die sich von denen des übrigen Preußen stark unterschieden und die Schüler viel stärker auf eine zukünftige Weltmachttrolle Deutschlands hin ausrichteten.<sup>89</sup> Wichtig ist auch, dass diese Ideen und konkreten politischen Ziele durch deutschlandweite Netzwerke gestützt wurden. Der Deutsche Ostmarkenverein und der Deutsche Flottenverein waren typische Beispiele für solche Organisationen.

Die strukturelle Grundlage der Kommunikationsumgebung, die eine Alternative zur vorherrschenden Erinnerungskultur bildete, war im Wesentlichen nach demselben Prinzip konstruiert wie die gesellschaftlichen Netzwerke, mit denen die vorherrschende Erinnerungskultur gestützt wurde. Dies galt in der Kaiserzeit nicht nur für die Kommunikationsumgebungen rechter und ultrarechter Gesinnung, sondern auch für die politische Linke unter Führung der SPD, die eine andere Alternative zur vorherrschenden Erinnerungskultur anstrebten.

Nachdem 1890 das Sozialistengesetz aufgehoben worden war, avancierten die Sozialdemokraten für mehrere Jahrzehnte zur stärksten politischen Kraft im Deutschen Reich, wenn sie auch während der Kaiserzeit noch zur Opposition zählte. Auf Gemeindeebene galt in Preußen das Dreiklassenwahlrecht – dennoch gewannen 1911 die Sozialdemokraten erstmals alle drei freiwerdenden Sitze in der Memeler Stadtverordnetenversammlung.<sup>90</sup> Ihr zunehmender

---

<sup>87</sup> Vgl. Lietuwißka Ceitunga vom 29.11.1907 und 7.02.1914.

<sup>88</sup> Adreßbuch für die Kgl. Preuß. See- und Handelsstadt Memel und deren Vororte, 1909, Memel 1909, S. 162.

<sup>89</sup> MEISSNER (wie Anm. 42), S. 146.

<sup>90</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 28.11.1911.

Einfluss zeigte sich in Memel noch vor dem Ersten Weltkrieg in immer mehr langfristigen Streiks. Die Arbeiter der Memeler Holzindustrie streikten 1911, 1912 und 1913 (in diesem Fall über zwei volle Monate hinweg) für höhere Löhne.<sup>91</sup> Dieser wachsende Einfluss der Arbeiter in Memel war Teil eines reichsweiten Prozesses.

Die Anfänge der sozialdemokratischen Erinnerungskultur bildeten in Deutschland öffentliche Maifeiern im Gedenken an die Opfer der Arbeiterunruhen in Chicago von 1886.<sup>92</sup> In Memel bestand deren Hauptveranstaltung im letzten Jahr vor Kriegsausbruch in einem Arbeiter-Marsch nach Tauerlauken vor den Toren der Stadt, wo ein festlicher Abend stattfand.<sup>93</sup>

Es ist zu betonen, dass die politische Linke mit ihren alternativen Vorstellungen ein ganz anderes Verhältnis zur vorherrschenden Erinnerungskultur hatte als die rechten politischen Kräfte. Die Linken vertraten mehr als einmal klar und deutlich ihre oppositionellen Einstellungen. Ein Artikel in der sozialdemokratischen *Königsberger Volkszeitung* am Vorabend der Enthüllung des Borussia-Nationaldenkmals in Memel mit dem Titel „Schandpfahl“ löste 1907/08 einen Skandal mit einem breiten Echo in Ostpreußen aus. Darin macht sich der Autor über die äußere Erscheinung des Denkmals lustig, Königin Luise wird als „habgierige Luise“ bezeichnet, die „sich das Geld der Obrigkeit aneigne, nur um damit eine Lustreise nach Russland zu unternehmen“<sup>94</sup> usw. Nach Erscheinen des Artikels wurden die Redakteure der Zeitung vor Gericht gestellt und schuldig gesprochen. Dies war jedoch nicht der einzige Affront der Sozialdemokraten gegen die vorherrschende Erinnerungskultur. Bei dem Besuch Königsbergs durch Wilhelm II. im Februar 1913, der, wie oben erwähnt, auf den Beginn der Befreiungskriege Bezug nahm, organisierten sie einen Protest der Arbeiter.<sup>95</sup>

Die unterschiedlichen Herangehensweisen von rechter und linker Seite zogen natürlich auch jeweils unterschiedliche Reaktionen seitens der Anhänger der vorherrschenden Erinnerungskultur nach sich. Die Mai-Umzüge der Sozialdemokraten vor dem Ersten Weltkrieg kamen nicht ohne Polizei- und Militärschutz aus, und es wurde im Vorfeld nur sehr dosiert über derartige Veranstaltungen berichtet. Rechtsgerichtete Kreise sammelten sich in Organisationen wie dem 1904 gegründeten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Dessen Memeler Sektion zählte unter der Führung des Rechtsanwalts Wilhelm Großjohann im Frühling 1914 192 Mitglieder; der Vorstand bestand aus Juristen, Industriellen, aber auch Handwerkern und Arbeitern.<sup>96</sup>

<sup>91</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 2.05.1911, 19.05.1911, 5.03.1912, 19.03.1912, 22.03.1912, 3.01.1913, 7.01.1913 und 11.03.1913.

<sup>92</sup> FRIEDRICH GIOVANOLI: Die Maifeierbewegung. Ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprünge und Wirkungen, Karlsruhe 1925, S. 12-16.

<sup>93</sup> Vgl. Lietuwißka Ceitunga vom 5.05.1911, 1.05.1913 und 6.05.1913.

<sup>94</sup> Zitiert nach: Lietuwißka Ceitunga vom 7.01.1908.

<sup>95</sup> GAUSE (wie Anm. 14), Bd. 2, S. 759 f.

<sup>96</sup> Lietuwißka Ceitunga vom 24.03.1914.

Dass sich rechte und linke Alternativen zur vorherrschenden Erinnerungskultur herausbildeten, war ein in ganz Deutschland übliches Phänomen. Allerdings eröffnete die Grenzlage Memels eine weitere, für Berlin und Königsberg untypische Alternative, die sich dort bereits vor dem Ersten Weltkrieg auf ethnischer Grundlage herausbildete und die vor allem von preußischen Litauern getragen wurde, die ihre Eigenart gegenüber den Deutschen immer stärker wahrnahmen und sich absonderten. Sie stellten indes eine vergleichsweise kleine Gruppe unter den preußischen Litauern. Deren Mehrheit war integrativ eingestellt: Die örtlichen Litauer nahmen aktiv an der Feier zur Enthüllung des Borussia-Nationaldenkmals teil und spendeten großzügig für das Simon-Dach-Denkmal.<sup>97</sup> Die Bemühungen der um Abgrenzung bemühten Gruppe führten auch nicht zur Errichtung von Denkmälern oder zur Abhaltung eigener Gedenkzeremonien. Somit gibt es keinen Grund, für die Zeit vor 1914 eine alternative preußisch-litauische Erinnerungskultur zu postulieren.<sup>98</sup> Richtig ist hingegen, dass die ersten Schritte in diese Richtung gerade in dieser Zeit erfolgten.

Am besten lässt sich dies an der Initiative des religiös orientierten, preußisch-litauischen Vereins Sandora unter der Leitung von Pfarrer Wilhelm Gaigalat – zu jener Zeit zweifellos der einflussreichste unter den preußischen Litauern – zum Bau eines eigenen litauischen Museums in Memel ablesen. Im östlichen Teil der Provinz Ostpreußen war die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Schwinden begriffene Eigenart der preußischen Litauer zu einem Objekt verstärkter ethnografischer, heimatkundlicher und denkmalpflegerischer Bestrebungen geworden. Die diesbezügliche Eigenart der litauischen Region bildete die Grundlage für die Entstehung eines Regionalpatriotismus, dessen Hauptträger in jener Zeit die gesellschaftliche Elite war. Die Litauer, an denen die besonderen Züge der Region abzulesen waren, galten als „aussterbende Art“, deren Lebensart man festhalten musste, um zu zeigen, inwiefern die preußisch-litauische Region in Deutschland einzigartig war. Genau diese Aufgabe sollte das Memeler Stadtmuseum übernehmen, mit dessen Einrichtung im Herbst 1910 begonnen wurde.<sup>99</sup> Der Anfang 1911 gegründete Museumsverein begann mit dem Sammeln von Exponaten, die die kulturelle „Entwicklung“ in den Kreisen Memel und Heydekrug aufzeigen sollten. In dem Museum war eine Ausstellung alter litauischer Handwerksarbeiten vorgesehen, um so in einer eigenen Abteilung die ethnografische Eigenart der Region Litauen zu demonstrieren.<sup>100</sup> Die Museumsinitiative der Sandora

<sup>97</sup> LietuviŃka Ceitunga vom 22.08.1911.

<sup>98</sup> Vgl. VASILIJUS SAFRONOVAS: Bandymas formuoti alternatyvą. LietuviŃkojo didžiojo istorinio pasakojimo aktualizavimas Prūsijos Lietuvoje XIX-XX amžių sandūroje [Der Versuch einer alternativen Gestaltung. Die Aktualisierung der litauischen historischen Meistererzählung in Preußisch-Litauen an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert], in: DERS., NIOLĖ STRAKAUSKAITĖ u.a. (Hrsg.): Daugiareikšmės tapatybės tarpurdvėse. Rytų Prūsijos atvejis XIX–XX amžiais, Klaipėda 2011, S. 69-103.

<sup>99</sup> LietuviŃka Ceitunga vom 27.09.1910.

<sup>100</sup> LietuviŃka Ceitunga vom 2.12.1910 und 3.02.1911.

stand im Gegensatz zu dieser Idee. Als der Museumsverein die Einwohner dazu aufforderte, dem Museum alte Gegenstände zu überlassen, wandte sich der Sandora-Verein im Frühjahr 1911 mit einem ähnlichen Aufruf an alle Litauer: „Aber es scheint, es wäre besser, wenn die Litauer ihr eigenes Museum einrichteten – dies wäre ein Ort der Ehre für sie“. <sup>101</sup> Die Litauer sollten Tische, Truhen, Arbeitswerkzeuge, Kleider, Stoffe, Bänder, Bücher, Bilder oder sonstige Dachbodenfunde ins Sandora-Museum bringen. Es wurde Anfang Oktober 1912 mitsamt einer Bibliothek mit litauischen Schriften im Vereinsgebäude eröffnet <sup>102</sup>, das sich in unmittelbarer Nähe der litauischen Kirche von Memel befand. Die Zahl der Ausstellungsstücke war aber offenbar nicht sehr groß. <sup>103</sup> Entscheidend ist jedoch, dass im Falle des Sandora-Museums erstmals die ethnografische Eigenart des Preußischen Litauens für die Bekräftigung des ethnischen Selbstbewusstseins der Litauer und zur Fundierung des litauischen Charakters der Region eingesetzt wurde. Die „litauischen“ alten Dinge wurden jetzt nicht mehr als Erzeugnisse der Region Preußisch-Litauen betrachtet, sondern nur noch als die eines Teiles der Bewohner, nämlich der Litauer.

Die weltlich eingestellten Litauer unternahmen vor dem Ersten Weltkrieg keine ähnlichen Anstrengungen, ihr Verständnis der eigenen Vergangenheit zu verbreiten. Hin und wieder kam der von Jonas Vanagaitis geleitete Verein *Birutė* aus Tilsit nach Memel, häufiger der von Vydūnas (Wilhelm Storost) geleitete Tilsiter Litauische Sängerverein, der „litauische Feste“ mit Gesang, Schauspiel und Konzerten veranstaltete. <sup>104</sup> Wahrscheinlich ist das Fehlen von Initiativen der weltlich eingestellten Litauer zur Herausbildung einer eigenen Erinnerungskultur damit zu erklären, dass sich ein Teil ihrer führenden Vertreter in Bezug auf die vorherrschende Erinnerungskultur noch immer konformistisch verhielt, während die Radikaleren unter ihnen wie Martynas Jankus oder Vanagaitis vor dem Ersten Weltkrieg linke Ansichten vertraten. Dennoch lassen sich auch die Anfänge zur Herausbildung alternativer Erinnerungsbedeutungen unter den weltlich orientierten Litauern bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückverfolgen, als in Preußisch-Litauen mehrere Jugendorganisationen gegründet wurden. Eine dieser Organisationen, die *Vienybė* (Einheit) in Memel, schlug 1914 vor, ein Volkshaus für die Litauer zu schaffen, das dem damals bekanntesten Repräsentanten für die Eigenart der preußischen Litauer, dem Schriftsteller Kristijonas Donelaitis <sup>105</sup>, gewidmet sein sollte. Das Vorhaben wurde nicht umgesetzt, doch allein schon die Idee oder die Gründung des „Sandora“-Museums belegen, dass gerade diese ersten Schritte eine Stütze für die alternative Erinnerungskultur bildeten, deren Ent-

<sup>101</sup> Pagalba 5 (1911), S. 65 f.

<sup>102</sup> Pagalba 9 (1912), S. 114.

<sup>103</sup> Vgl. Pagalba 3 (1913), S. 32.

<sup>104</sup> Lietuviška Ceitunga vom 3.05.1910, 24.09.1912 und 7.10.1913.

<sup>105</sup> Apzvalga vom 6.03.1914.

wicklung von den preußischen Litauern in Memel nach dem Ersten Weltkrieg, als die Stadt zur Republik Litauen gehörte, aktiv vorangetrieben wurde.

Da die Zahl der preußischen Litauer, die ein eigenes Verhältnis zur vorherrschenden Erinnerungskultur herausbildeten, sehr gering war, wurde auf ihre Aktivitäten nicht ernsthaft reagiert. Erst Ende 1918, als die Frage der möglichen Abtrennung der preußischen Litauer und der Anschluss Memels an Litauen diskutiert wurde, begann man diesen Faktor ernst zu nehmen. Es ist anzunehmen, dass gerade die Suche nach Mitteln, die preußischen Litauer in der Sphäre der deutschen Kultur zu halten und nach 1923 ihre Integration in die Republik Litauen zu verhindern, solchen Ideen wie dem 1931 in Memel errichteten Monument für die im Krieg gefallenen Memelländer zum Erfolg verhalf. Dies lässt den Schluss zu, dass die Lage in Grenzstädten, in denen mehrere nationale Gruppen aufeinandertreffen, die ihre eigene Erinnerungskultur herausbilden, das Verhältnis dieser Kulturen zueinander in spezifischer Weise prägt. In solchen Städten ist das Bedürfnis nach Homogenisierung und Verankerung der vorherrschenden Erinnerungskultur viel größer und die Wahrscheinlichkeit, dass die auf der Grundlage der verschiedenen Nationalkulturen sich herausbildenden Erinnerungskulturen miteinander konkurrieren, höher.

### Fazit

Im Deutschen Kaiserreich beruhten Gemeinsamkeiten zwischen Berlin, Königsberg und Memel hinsichtlich der Frage, welche der zu erinnernden Bedeutungen sich aktualisieren ließen, weniger auf der zentralen oder peripheren Lage, sondern vielmehr auf dem Vorherrschen der borussianischen historischen Meistererzählung, denn gerade diese regulierte die Bedeutungsnetzwerke innerhalb der Erinnerungskultur. Nach 1918 trat die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg an die Stelle der borussianischen Meistererzählung. Die vorherrschende Erinnerungskultur wurde deshalb in allen drei Städten allmählich von den kürzlich gemachten Erfahrungen dominiert. Offensichtlich hing ein solcher Wandel von den Bedingungen der politischen und sozialen Ordnung ab. Dennoch lässt sich nicht alles mit diesem Wandel erklären.

Nach 1918 wurde die vorherrschende Erinnerungskultur in allen drei Städten von Erinnerungsgemeinschaften gestützt, die den Krieg mitgemacht hatten. Die Erinnerung an deren authentischen Erfahrungen ließ sich nur schwer im Sinne der Obrigkeit regulieren. Jedoch hatten auch schon vor 1918 die staatlichen Institutionen bei der Festlegung der zu erinnernden Bedeutungen nur in Berlin eine sichtbare Rolle gespielt. In Königsberg und Memel beruhte bereits zu dieser Zeit die Initiierung und Finanzierung von Denkmälern in stärkerem Maße auf der Initiative von Privatleuten und gesellschaftlichen Organisationen. Dass mit derlei Initiativen überwiegend Bedeutungen der vorherrschenden Erinnerungskultur gestützt wurden, hing vor allem mit der Tätigkeit reichsweiter Organisationen in den Städten der Peripherie zusammen. Die räumliche Entfernung zum Zentrum verursachte an der Peripherie objektive Probleme und vergrößerte den Willen, die symbolischen Verbindungen

zum Zentrum demonstrativ zum Ausdruck zu bringen. Die Identifikation mit den Bedeutungen der vorherrschenden Erinnerungskultur fand an der Peripherie jedoch nur in angepasster Form statt, indem nach dem eigenen (lokalen) Platz in der auf der borussianischen Meistererzählung beruhenden Erinnerungskultur gesucht wurde. Nach 1918 behielten die gesellschaftlichen Eliten und reichsweit tätigen Organisationen ihre wichtige Rolle auch bei der Aktualisierung der Erinnerung an den Weltkrieg. Dennoch ließen sich die Kriegserfahrungen nicht zu einer einzigen legitimierenden Erzählung verbinden: Die vorherrschende Erinnerungskultur beruhte nach 1918 in immer stärkerem Maße auf einer Vielfalt an Trägern mit unterschiedlichen Erfahrungen. In der Folge nahm einerseits in allen drei Städten der Anteil lokaler Inhalte im Rahmen der Erinnerung zu, andererseits die Wahrscheinlichkeit politischer, nach Vereinheitlichung strebender Kontrolle über diesen Inhalt von Seiten der Obrigkeit ab. Ob unterschiedliche Erinnerungsgemeinschaften zu einer sich homogenisierenden Erinnerungskultur fanden und diese dann expandierte, hing davon ab, ob die Vertreter der Obrigkeit und der gesellschaftlichen Organisationen über die Ideologie und die zu vermittelnden Werte Einigkeit erzielen konnten. In Memel, das als einzige der drei Städte unmittelbar vom Ersten Weltkrieg betroffen war und in dem in der Zwischenkriegszeit die nationale Spannung zwischen Litauern und Deutschen eine solche Übereinkunft anregte, verlief dieser Prozess effektiver als in Berlin und Königsberg.

Die Unterschiede zwischen demokratischer und nicht-demokratischer Ordnung haben jedoch nicht nur in dieser Hinsicht keine allzu große Bedeutung. Unter beiden Bedingungen sehen sich die Versuche der Herausbildung und Verankerung einer vorherrschenden Erinnerungskultur mit Opponenten konfrontiert, die Gegenmodelle, Alternativen oder beides zugleich anbieten. Um die Existenz solcher Opponenten belegen zu können, muss sich zunächst eine Kommunikationsumgebung nachweisen lassen, in der alternative Bedeutungen gestützt wurden. Die strukturelle Grundlage der Kommunikationsumgebungen, in denen sich eine Alternative zur vorherrschenden Erinnerungskultur herausbildete, bestand im Wesentlichen in gesellschaftlichen Netzwerken, die nach demselben Prinzip konstruiert waren wie diejenigen, auf die sich die vorherrschende Erinnerungskultur stützte. Hinsichtlich einer solchen Alternative war jedoch auch von Bedeutung, ob die jeweilige Stadt an der Peripherie und im Einzugsgebiet mehrerer Nationen lag. In solch einem Fall war eher eine Konkurrenz der auf unterschiedlichen Nationalkulturen beruhenden Erinnerungskulturen zu erwarten. Gerade wegen dieser Konkurrenz aber bestand an der Peripherie auch ein größeres Bedürfnis, sich auf die Bedeutungen der vorherrschenden nationalen Erinnerungskultur zu berufen.

Aus dem Litauischen von Markus Roduner

## Summary

### *Functional Similarities and Differences between the Cultures of Remembrance in the Late-19<sup>th</sup> – Early-20<sup>th</sup> C. in Central and Peripheral Cities. Memel in Comparison with Berlin and Königsberg*

The article seeks to compare the functioning of cultures of remembrance in several cities. The choice of comparative perspective should particularly provide answers to two questions: a) is it true that formation and functioning of cultures of remembrance in the peripheral cities did not differ from those in a central city of the same national culture, as is argued in historiography?; and b) how did cultures of remembrance in cities under different conditions of social structure and political order function? For that purpose, three cities which belonged to the same state in two different periods, before and after WW1 (until 1933), have been specially chosen for comparison: Berlin is considered to be central, Memel peripheral, and Königsberg peripheral in respect of Berlin and central in regard to Memel (in 1923-1939 Memel belonged to Lithuania but was still under strong German cultural influence).

In the article, Memel is taken as the starting point for the comparison – not only because of relatively well-investigated processes of memory formation in this city in the 20<sup>th</sup> century but also with the intention of giving the role of starting point to a peripheral city situated in a frontier area. It is these attributes that often give rise to case-studies which examine the functioning of cultures of remembrance in a single city.

The first part of the article investigates the contents of dominant cultures of remembrance. It states that during the Kaiserreich period in all three cities, the borussianistic historical master narrative constituted a basis for this content, while after WW1, its role was supplanted by the group experience of those who had lived through the war. However, this commonality was incidental not because of the status of a city in the axis of centre-periphery but due to the peculiarities of the political and social order. The latter are analysed in the second and the third parts of the article where it is stated that a distinct role of the all-German network associations maintaining the dominant culture of remembrance can already be observed in the Kaiserreich period. Until 1918, the role of the authorities in determining the meaning of public remembrance was more pronounced only in Berlin. After 1918, the consensus on ideology and value-systems reached between the authorities and public societies became increasingly responsible for whether or not different communities of memory maintaining heterogeneous recollections would gradually develop into a homogenizing culture of remembrance and whether the latter would acquire an ambition to expand. This process was more effective in peripheral Memel for it was the only one of the three cities to be directly affected by WW1 and in which such a consensus in the interwar period was encouraged by the national tensions between the Lithuanians and the Germans.

The fourth part of the article is devoted to discussing the alternatives to the dominant culture of remembrance. This aspect of investigation is oriented towards the period before 1918, thus attempting to show that such alternatives may not necessarily form in pluralistic societies or under democratic circumstances. Before 1918, the most pronounced alternatives in all three cities were formed from the *völkisch*-nationalist discourse and the activities of the social democrats. In both cases, the network associations constructed on the same principles as those maintaining the dominant culture of remembrance constituted the structural basis of the communication milieu in which the alternative to the latter had formed. In Memel, however, already before WW1, there were attempts to form such an alternative expressing the ethnic peculiarities of the Prussian Lithuanians. Thus, in cities situated in the periphery and on the frontier of several nations, the possibility of competition between cultures of remembrance based on national differences is higher. On the other hand, this competition encourages the increase in demand to refer to the dominant meanings of national culture of remembrance in the periphery.